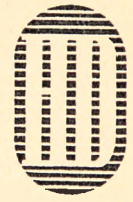


HOCHSCHUL-DIENST



INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Bilanz eines Arbeitsjahres beim Deutschen Studentenwerk

Mitgliederversammlung des DSW in Berlin

Fragen der allgemeinen Studienförderung und des Wohnheimbaus standen im Mittelpunkt der 13. Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerks, zu der am 16. und 17. Oktober 1962 in Berlin Vertreter von den 39 Studentenwerken der wissenschaftlichen Hochschulen Deutschlands zusammengekommen waren.

Im Anschluß an die Mitgliederversammlung übergab der Vorsitzende des Vorstands, Professor Dr. Hallermann, den Arbeitsbericht für das Jahr 1961 auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit.

Studienförderung: 40 Millionen aus Bundesmitteln

Nach dem Bericht sind 1961 etwa 40,1 Millionen DM vom Deutschen Studentenwerk aus Bundesmitteln an die lokalen Studentenwerkeinrichtungen für Förderungszwecke weitergegeben worden, — 30 Millionen waren für Stipendien, 9,9 Millionen für Darlehen bestimmt. Die Höhe der Mittel aus den Länderetats ist noch nicht bekannt; sie soll etwa 16,3 Millionen DM betragen haben.

Mit Genugtuung vermerkt der Bericht zwei bedeutsame Verbesserungen für die Förderung nach dem Honnefer Modell: Die Stipendien wurden auf 195 DM in der Anfangsförderung und auf 245 DM in der Hauptförderung erhöht. Der dem Elternhaus des Studierenden zugestandene „Freibetrag“ — das ist die Summe, welche von der Familie unbedingt für den eigenen Unterhalt beansprucht werden kann — vergrößerte sich um etwa 13 Prozent. Trotzdem hat die allgemeine Steigerung der Löhne und Gehälter bewirkt, daß heute nur noch etwa 15 Prozent der Studierenden an den Vergünstigungen des Honnefer Modells teilhaben können. 1959 hatte das Deutsche Studentenwerk noch 20 Prozent gezählt.

Die Berliner Mitgliederversammlung sprach sich für weitere Erhöhungen des Freibetrags aus. Ein Sprecher wies auf der Pressekonferenz darauf hin, daß das Studentenwerk nicht auf eine allgemeine Erhöhung der Mittel für das Honnefer Modell hinauswolle; es gehe allein darum, „das Geld sinnvoll auszugeben, das ohnehin zur Verfügung steht“.

Im Zusammenhang mit der Förderung „zugewanderter“ Studenten — gemeint sind Zonenflüchtlinge — teilt der Jahresbericht mit, daß sich die Berliner Mauer zunächst gar nicht auf die zu betreuende Studentenzahl ausgewirkt habe. Im Sommersemester habe man 1775, im Wintersemester 1961/62 2639 Flüchtlingsstudenten gezählt. 4,5 Millionen DM wurden an sie als „Eingliederungsbeihilfe“ ausgezahlt.

Großes Interesse am Jugendarbeitsprogramm

Das Studentische Jugendarbeitsprogramm, vor zwölf Jahren auf Anregung der Amerikaner eingeführt, gibt Studenten in den Semesterferien Gelegenheit, bei der Ferienbetreuung von Kindern Berührung mit soziologischen und pädagogischen Problemen zu finden. Neben freier Unterkunft und Verpflegung erhielten die Studenten im Berichtsjahr für ihre Arbeit ein monatliches Stipendium von 250 DM. Das Jugendarbeitsprogramm hat sich inzwischen so gut eingeführt, daß 1961 die zur Verfügung stehende Summe von 900 000 DM nicht ausreichte, um allen Bewerbungen und Anforderungen gerecht zu werden.

Auf Fragen Berliner Pressevertreter stellte sich heraus, daß allein das Land Berlin an diesem Studentischen Jugendarbeitsprogramm nicht beteiligt ist. Auch hier möchte das Studentenwerk künftig in die Finanzierung und vor allem in die Auswahl der Bewerber eingeschaltet werden. Die

Verbände, die in Berlin mit dem Jugendarbeitsprogramm beauftragt sind, beschäftigen nach Mitteilung der Studentenwerkssprecher nur selten Studenten.

„Ernährungsphysiologisch richtiges Essen“ für eine DM

Berlin bildet auf dem Gebiet der Mensen nun keine Ausnahme mehr: Die Mensa der Freien Universität ging kürzlich als letzte in die Regie des Studentenwerks über.

Der Jahresbericht weist noch einmal auf die Untersuchungen des Max-Planck-Instituts für Ernährungsphysiologie hin, die im Jahre 1961 abgeschlossen wurden.

Ziel aller Bestrebungen des Studentenwerks, so wurde auf der Pressekonferenz erläutert, sei es nun, daß die Studenten künftig nur den Materialwert ihrer Mahlzeiten bezahlen müßten. Bei einem „ernährungsphysiologisch richtigen Essen“ werde er 1 bis 1,20 DM betragen. Die Herstellungskosten, die sich in der Größenordnung von 50 bis 75 Pfennigen bewegen, sollen künftig nach Möglichkeit überall aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden.

Professor Hallermann schätzte, daß etwa ein Drittel der deutschen Universitäten bereits mit modernen, ein weiteres Drittel mit „brauchbaren“ Mensen ausgestattet sei. Der Rest sei mangelhaft.

Kummer hat das Deutsche Studentenwerk mit der „Deutschen Studenten-Krankenversicherung“, die 1960 unter seiner Mitwirkung gegründet worden war. Ihr gehören heute erst zehn Studentenwerke von deutschen Hochschulen an. Mit den Studentenwerken Darmstadt und Marburg laufen noch „erfolgversprechende Verhandlungen“.

Über eine Unfallversicherung für Studenten werden zur Zeit noch Untersuchungen angestellt. Ebenfalls ungelöst ist für die Deutsche Studenten-Krankenversicherung das Problem zahnärztlicher Behandlungen: Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung behandelt die studentische Versicherung als private Krankenversicherung, so daß die Studierenden bei Zahnbehandlungen beträchtliche Eigenbeiträge aufbringen müssen.

Für das Hochschulsanatorium St. Blasien registriert der Jahresbericht für 1961 193 studentische Patienten, unter ihnen 36 Studentinnen.

Vielfältige Wohnheimformen

Durch die gestiegenen Studentenzahlen und durch die gestiegenen Preise war das Deutsche Studentenwerk im Jahre 1961 wieder gezwungen, Bestandteile des Düsseldorfer Wohnheimplans zu revidieren. So hat das Kuratorium, wie aus dem Bericht hervorgeht, empfohlen, die finanziellen Anforderungen an die Bauherren zu senken. Beim Bau von Studentenwohnheimen brachten bisher die Finanzierungsvorschriften große Schwierigkeiten für den Bauträger mit sich: Ein Drittel der erforderlichen Summe muß er selbst

INHALT:

Bildungsreform als Aufgabe	2
16. Hochschultagung der Landwirtschaftlichen Fakultät Bonn-Poppelsdorf	3
10 Jahre Fulbright-Programm in Deutschland	4
Geschichtliche Grundlagen des chinesischen Kommunismus (3)	5
Friedrich-Ebert-Stiftung	7

Bildungsreform als Aufgabe

Liberales Kulturforum 1962 in Nürnberg

Am 17. und 18. Oktober veranstaltete die Freie Demokratische Partei in Nürnberg ihr diesjähriges Liberales Kulturforum unter dem Thema „Bildungsreform als Aufgabe des politischen Liberalismus“. In Referaten und Diskussionen wurde versucht, auf die vielfältigen Fragen, die gegenwärtige Krise des deutschen Bildungswesens aufwirft, eine liberale Antwort zu finden.

Rund hundert geladene Gäste hörten die Vorträge und nahmen mit lebhaftem Interesse an den Aussprachen teil. Trotz der bevorstehenden bayerischen Landtagswahlen hatte die FDP auf die Beteiligung eines größeren Kreises von Teilnehmern verzichtet, so daß der Tagung der Charakter eines Diskussionsforums gewahrt blieb. Beschlüsse wurden dementsprechend nicht gefaßt, doch stellt eine zum Abschluß der Veranstaltung herausgegebene Presseerklärung einen Katalog von Forderungen auf, der in den Referaten und Diskus-

aufbringen, um dann mit den restlichen zwei Dritteln aus öffentlichen Mitteln unterstützt zu werden. Das Deutsche Studentenwerk hat aus diesem Grunde empfohlen, das Verhältnis von 33 1/3 : 66 2/3 Prozent auf 20 : 80 Prozent zu verändern, um die potentiellen Bauträger neuer Wohnheime zu ermutigen.

Während der Pressekonferenz erklärte Professor Hallermann auf Anfrage, das Deutsche Studentenwerk habe zum Studienhausplan des Wissenschaftsrats nicht Stellung genommen. Er betonte jedoch, er halte vielfältige Wohnheimformen für die beste Lösung, um den Studenten eine freie Auswahl zu ermöglichen; er sei „Gegner allen Zwangs“. Die Universität habe keine „Erziehungsfunktion“ im Studentenwohnheim, wohl aber eine „gewisse Beziehung“ zu ihm.

Über die Förderung des privaten Ausbaus von Studentenzimmern, wie sie in einigen Bundesländern versucht wurden, weiß der Jahresbericht für 1961 kaum Erfreuliches mitzuteilen; auf der Pressekonferenz wurden die Erfahrungen als „restlos entmutigend“ bezeichnet. In Niedersachsen war privaten Bauherren die Möglichkeit geboten worden, für den Ausbau von Zimmern, die dann auf zehn Jahre für Studenten zur Verfügung stehen sollten, 3000 bis 4000 DM als Darlehen bzw. Zuschuß zu beantragen. In Bayern hatte man für das gleiche Projekt pro Zimmer 1500 DM zur Verfügung gestellt.

Entfaltungsmöglichkeiten neben dem Studium

Dem Tutorenprogramm und dem Aufbau von Studentenhäusern hat das Studentenwerk 1961 besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es war zugleich das letzte Jahr, in dem das Tutorenprogramm vom Bund finanziert wurde. Es ist 1962 an die Länder übergegangen und bereitet nun den Planern in der Zentrale, im Deutschen Studentenwerk, durch die Unterschiedlichkeit von Gehältern und Verfügungsmitteln manche Sorge.

Für 1961 notiert der Bericht 185 Heimtutoren — zwölf mehr als im Jahr zuvor. Die Tutoren sollen in den Heimen vor allem Anleitung zu Entfaltungsmöglichkeiten neben dem Studium geben.

Diesem Zweck sollen auch die Studentenhäuser dienen, die Ende 1961 im „Kieler Studienhausplan“ vorgesehen wurden. Als Modell für diesen Plan dienten die musischen Aktivitäten des Studentenwerks Kiel, an denen sich nach Angaben von Professor Hallermann etwa 300 Studenten (knapp zehn Prozent der Studentenschaft) beteiligen.

In den Studentenhäusern soll den Studenten Gelegenheit gegeben werden, gemeinsam mit Kommilitonen ihren Liebhabereien nachzugehen. Neben traditionellen musischen Beschäftigungen nannte Professor Hallermann auf der Berliner Pressekonferenz vor allem die Arbeit an den Medien Film, Funk und Fernsehen, die von den Universitäten besonders gefördert werden sollte.

Im Beschluß des Kuratoriums, der 1961 gefaßt wurde, heißt es, es ginge darum, „angesichts der spezialisierten intellektuellen Anforderungen des Fachstudiums in den Bereichen, die vom Erleben geprägt werden, einen Ausgleich zu schaffen“. Professor Hallermann versichert heute, daß diese Absicht auch in der Wirtschaft ein gutes Echo gefunden habe: Kreise der Wirtschaft hätten die Absicht, die Projekte finanziell zu unterstützen. In Braunschweig, Göttingen, Kiel, München und Saarbrücken hat man Studentenhäuser in die Universitäts-Bauplanung aufgenommen. An der Universität Marburg konnte ein Studentenhaus bereits seiner Bestimmung übergeben werden.

sionen des Forums erarbeitet wurde. „Von Regierung und Parlament in Bund, Ländern und Gemeinden wird erwartet“, so heißt es in der Erklärung, „daß sie den Vorrang der Bildungspolitik anerkennen und nachdrücklich auch bei den Haushaltsberatungen unterstützen“. Bundesregierung und Länderregierungen werden aufgefordert, künftig einen Jahresbericht über den Stand des Bildungswesens zu veröffentlichen, der die Grundlage für eine langfristige Orientierung der deutschen Kulturpolitik darstellen soll. Nach Ansicht des Liberalen Kulturforums ist die Überwindung „konfessioneller und provinzieller Enge“ im pädagogischen Bereich eine Voraussetzung für die Gesundung der Demokratie.

Dem Einführungsreferat zum Thema des Forums kommt im Rahmen dieser Tagung besondere Bedeutung zu, weil die Anregungen und Vorschläge des Referenten, Prof. Dr. Erbe, einem der maßgeblichen Kulturpolitiker der Partei, mit Sicherheit ihren Niederschlag in einem noch zu erstellenden kulturpolitischen Programm der FDP finden werden. Wir gehen im folgenden näher darauf ein. Über die übrigen Referate des Forums werden wir in den nächsten Ausgaben des Hochschuldienstes berichten.

Prof. Erbe umriß zunächst die Situation, die der Kulturpolitiker heute bei seinen Bemühungen um eine Reform des deutschen Bildungswesens vorfindet und sagte: „Die Kulturpolitik steht im Alltag unserer Demokratie nicht im Zentrum der Politik. Sie erregt das Interesse der breiten Öffentlichkeit nicht in gleichem Maße wie Außenpolitik, wie wirtschaftliche, sozialpolitische und militärische Belange. . . Die Bundespolitik, voran die Außenpolitik, beherrscht die beiden ersten Seiten unserer Zeitungen. Die beklagenswerte Folge dieser Einstellung, die von der weitaus überwiegenden Mehrheit unserer Bundesbürger widerspruchslos hingenommen wird und also keinesfalls nur ein Vorurteil der Herausgeber von Zeitungen und der Journalisten ist, ist u. a. die Vernachlässigung der wirklich notwendigen Vorbereitungen auf die Zukunft.“

Dabei sei, so meinte Prof. Erbe, die Kulturpolitik in Wahrheit die unser Schicksal in der Zukunft entscheidende Macht. Ob die deutschen Schulen eine Gestalt gewinnen, die der geistigen und gesellschaftlichen Situation von heute und morgen entspreche, sei ebenso ein Politikum ersten Ranges wie eine Gipfelkonferenz. Liberale Kulturpolitik habe sich darauf einzustellen, daß die Auseinandersetzung mit dem Ostblock mit allen geistigen, moralischen und politischen Waffen geführt werden müsse. Darum müsse der Kulturpolitik im Bewußtsein der Bevölkerung ein entsprechender Platz erobert werden.

Auch zu der Frage, wo eine Reform anzusetzen hat, nahm Prof. Erbe Stellung und führte aus: „Natürlich wollen wir nicht aus unkritischer Neuerungswut, blinder Fortschrittleri und nachgiebiger Anfälligkeit gegenüber jedweddem Revisionismus Bewährtes über Bord werfen. Bewährt ist z. B. die Leitvorstellung, . . . daß eine allgemeine Menschenbildung die beste Vorbereitung für jede noch so spezialisierte berufliche Tätigkeit sei. . . Aber unbestreitbar ist, daß sich inzwischen die Welt und die Zeit verwandelt haben, daß an Orientierungsvermögen, Urteilsfähigkeit und Weltverständnis jedes Einzelnen ganz andere Anforderungen gestellt sind als ehemals. Diesen neuen Anforderungen entspricht der klassizistische Bau von einst nicht mehr. Mit punktuellen Reförmchen, mit An- und Umbauten ist nicht mehr zu helfen. Dadurch wird nur das Alte entstellt und kein Neues geschaffen. Weil man sich nicht rechtzeitig zu durchgreifenden Reformen unseres Schulwesens verstehen konnte, ist dieses, einst international führend, längst von anderen Ländern der freien Welt überholt worden. Keine unserer Schulen entspricht gegenwärtig ihrem eigenen Ideal.“ Man meine fälschlich bei uns, fuhr Prof. Erbe fort, jede Schule solle alle Bedürfnisse für alle beruflichen Lebenswege zugleich befriedigen. Die Lehrplan- und Stoffgläubigkeit sei nur die Folge der fehlenden Vorstellung vom Bildungsziel der einzelnen Schule. Die FDP sei seit langem für eine Auflockerung der Oberstufe der Gymnasien eingetreten; die Saarbrückener Rahmenvereinbarung der Kultusminister biete dafür aber nicht die beste Lösung. Modellversuche, die im neusprachlichen Gymnasium auf der Prima eine der beiden modernen Fremdsprachen — oder im mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium das Englische — als Abiturfach abzuwählen gestatteten, lehne die FDP ab, weil sie wider den Geist dieser Schultypen verstießen.

Nach Ansicht Prof. Erbes kann der steigende Bedarf an qualifizierten Nachwuchskräften der verschiedenen Bildungswege nur dann befriedigt werden, wenn es sozial gerechte Methoden der Begabungsauslese gebe. Wörtlich sagte er: „Wir haben nur eine Auslese, die ja oder nein sagt zu einem von den Eltern gewählten Schultyp, aber wir haben keine positive, auf die verschiedenen Arten von Begabungen ausgerichtete Selektion, die — unter Wahrung des Elternrechts — Begabungsrichtung und Schultyp zur besseren Kongruenz bringt. Dieser Sinn der vom Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen vorgeschlagenen Förderstufe ist nicht genügend verstanden worden“. Er forderte, der ländlichen Jugend gleiche Bildungschancen einzuräumen wie der städtischen. Die Sozialschichtung der Bildungschancen bei uns sei noch sehr viel ausgeprägter als in anderen vergleichbaren Ländern. Dennoch seien die deutschen Hochschulen jetzt schon überfüllt. Neugründungen könnten deshalb nicht länger aufgeschoben werden.

Prof. Erbe wandte sich dann dem Problem der inneren Organisation unserer Bildungseinrichtungen zu und stellte fest: „Unser Bildungswesen ist nicht elastisch genug, um denen, die aus sozialer Distanz zu den vorhandenen Einrichtungen den Weg zu diesen nicht rechtzeitig finden ... noch die Chance zu geben. ... Auch muß man davon ablassen, neue Ansätze für Schultypen — z. B. Wirtschaftsoberschulen und technische Oberschulen — einfach über die Leisten der traditionellen Typen öffentlicher Schulen zu schlagen.“

Eine innere Reform der deutschen Schulen ist aber nicht möglich ohne eine Reform der Lehrerbildung. Aus der hochschulmäßigen Ausbildung der Volksschullehrer ergibt sich nach Ansicht Prof. Erbes die Forderung, auch den Berufsschullehrern ihre Ausbildung auf der Hochschule zu geben.

Landwirtschaftslehrer sollten durch ein Studium an landwirtschaftlichen Hochschulen in die Lage versetzt werden, ihre Schüler auf den verstärkten Wettbewerb im Rahmen der EWG vorzubereiten: „Die Verbesserung der Lehrerbildung ist eine Voraussetzung für die notwendige Weiterentwicklung des berufsbildenden Schulwesens in allen seinen Sparten. Um andererseits einer unnötigen Akademisierung von Berufen und dem leidigen Berechtigungsunwesen entgegenzutreten ... fordern wir die Vermehrung von Ingenieurschulen, die unsere technischen Hochschulen zu entlasten durchaus geeignet sind, die Neuschaffung von höheren Wirtschaftsschulen mit dem Auftrag der Berufsvorbereitung für praktisch-ökonomische Begabungen, ... weiter die Gründung von höheren Verwaltungsfachschulen, ... schließlich gleichrangige Ausbildungsstätten für Sozialberufe.“ Die Mittel- und Realschule sei die geeignete Vorschule für diese Institutionen.

Prof. Erbe betonte auch den besonderen Wert der Erwachsenenbildung angesichts der täglich neuen Anforderungen unserer Zeit: „Bildungsreform heißt hier neben der quantitativen Ausdehnung und der qualitativen Leistungssteigerung der Erwachsenenbildung eine neue Einordnung ebendieser in unser Bildungsgefüge, eine Bewußtseinsumstellung, eine Reformation der Köpfe.“ Büchereien sollten geschaffen werden, in denen „sowohl die Literatur als auch das Volk etwas zu suchen hat“. Die Erziehung zum guten Buch und zum rechten Lesen sei ein Stück der notwendigen Bildungsform.

Als Vorbedingung für jede Reform nannte Prof. Erbe abschließend eine gewandelte, aufgeschlossener Haltung der Öffentlichkeit gegenüber den kulturpolitischen Erfordernissen der Gegenwart und Zukunft.

16. Hochschultagung der Landwirtschaftlichen Fakultät Bonn-Poppelsdorf

Die diesjährige 16. Hochschultagung der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn stand unter dem aktuellen Generalthema: „Erfolgreiche Landwirtschaft — auch im Gemeinsamen Markt“. Mehr als 1200 Teilnehmer versammelten sich am 2. und 3. Oktober in der festlichen Aula der Universität, um zu diesem Thema acht Fachvorträge bekannter Bonner Wissenschaftler und Gastredner zu hören. Der Dekan der Fakultät, Prof. Dr. H a v e r m a n n, konnte zahlreiche Ehrengäste begrüßen, darunter den Staatssekretär im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen, T i l l m a n n, die Landwirtschaftsattachés Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, der Niederlande und der USA, Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie hohe Vertreter von Behörden, berufsständischen Organisationen und Gewerkschaften.

Der Rektor der Universität Bonn, Prof. Dr. N i e h a u s, sprach im ersten Vortrag der Tagung über „Die gemeinsame Agrarpolitik — Herausforderung und Chance für die westdeutsche Landwirtschaft“. Die Verwirklichung des europäischen Agrarmarktes bis zum Jahre 1970 wird insbesondere dann eine Herausforderung bedeuten, wenn die Angleichung der Agrarpreise in Richtung auf ein Niveau erfolgen sollte, das unter dem jetzigen deutschen liegt. Die Möglichkeiten der Anpassung der deutschen Landwirtschaft an eine solche Entwicklung lägen in der Ausdehnung der Produktionskapazität — insbesondere auf dem Gebiet der tierischen Erzeugung — und in einer wirkungsvollen Marktstrategie. Die EWG wird das längst vorhandene Kernproblem der deutschen Landwirtschaft verstärken: die strukturelle Anpassung im weitesten Sinne an die Dynamik der industriellen Gesellschaft.

Der folgende Vortrag von Direktor Dr. H a g e n g u t h, Bonn, befaßte sich mit der Bedeutung des Agrarkredits im landwirtschaftlichen Anpassungsprozeß. Die zunehmende Intensität der Eingliederung der Landwirtschaft in den arbeitsteiligen volkswirtschaftlichen Prozeß führt zu einer erhöhten Teilnahme am Kreditverkehr. Bei einer Ausrichtung auf die spezifischen Anpassungserfordernisse der einzelnen Betriebe wird der Agrarkredit sich stärker an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Betriebes, dem angestrebten Effekt und den personellen Faktoren auszurichten haben als an einseitig bodenbezogenen Wertmaßstäben.

Mit der Frage, ob der Wirtschaftsberatung bei Verwirklichung des gemeinsamen Agrarmarktes neue Aufgaben erwachsen, beschäftigten sich die Ausführungen von Landwirtschaftsdirektor Dr. K u s s, Bonn. Veränderte Formen der Betriebsorganisation wie auch sich wandelnde Methoden

der Wirtschaftsführung, der überbetrieblichen Zusammenarbeit in Produktion und Absatz von Nahrungsmitteln u. a. stellen die Wirtschaftsberatung tatsächlich vor eine Fülle neuer Aufgaben, die der Redner im einzelnen aufzeigte.

Auch für den hochentwickelten landwirtschaftlichen Betrieb ist die Nährstoffversorgung der Pflanze ein entscheidender Produktionsfaktor, den er mittels der Düngung optimal zu steuern versucht. Besondere Probleme liegen, so sagte Prof. Dr. K i c k, Bonn, in seinem Vortrag über „Düngungsfragen im fortschrittlichen landwirtschaftlichen Betrieb“, auch heute noch in der sorgfältigen Bodenuntersuchung. Mehrnährstoffdünger, Strohdüngung und Schwemmentmischung kommen den Bedürfnissen der Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe entgegen.

Prof. Dr. B r a u n, Bonn, erklärte in seinem Vortrag über „Förderung der Pflanzengesundheit durch standortgerechten Anbau“, daß die Forderung nach standortgerechtem Anbau unter dem Zwang der Anpassung der Produktion an die Absatzmöglichkeiten allzu leicht übersehen wird. Die Beziehungen zwischen Standort und Pflanzengesundheit wurden an einer ganzen Reihe von Beispielen eindrucksvoll demonstriert.

Ein Fünftel der gesamten Ausgaben der westdeutschen Landwirtschaft (etwa 3 Mrd. DM) wurden im Durchschnitt der letzten Jahre für Zukauffuttermittel ausgegeben. In seinem Vortrag „Futterzukauf im Hinblick auf die optimale Nutzung der wirtschaftseigenen Futtermittel“ referierte Prof. Dr. M ü l l e r, Bonn, über die Grundsätze des rationellen Einsatzes zugekaufter Futtermittel in den einzelnen Viehhaltungszweigen zur Verbesserung der wirtschaftseigenen Futtergrundlage.

Möglichkeiten der Kostensenkung in der Milchviehhaltung durch technische und bauliche Lösungen standen im Mittelpunkt der Ausführungen von Privatdozent Dr. S t e f f e n, Frankfurt/Main, über die Rationalisierung der Arbeitswirtschaft in der tierischen Erzeugung. Der Referent befaßte sich insbesondere mit den Melk-, Entmischungs- und Fütterungsverfahren bei verschiedenen Aufstallungsformen.

Infolge der Konzentrationstendenzen im ernährungswirtschaftlichen Einzelhandel stehen die regionalen Absatz- und Verarbeitungseinrichtungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse vor der Notwendigkeit, ihr Angebot großhandelsgerecht zu gestalten. Dabei wird, wie Dr. S t r e c k e r, Bonn, in seinem Vortrag über mehrstufige Zusammenarbeit beim Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse ausführte, eine „zentrale Willensbildung“ für die anliefernden landwirtschaftlichen Betriebe in vielen Fällen unentbehrlich sein, um zu einem einheitlichen Angebot zu gelangen.

10 Jahre Fulbright-Programm in Deutschland

10 Jahre sind es her, seit am 18. Juli 1952 Bundeskanzler Adenauer und John J. McCloy, seinerzeit Hochkommissar im Nachkriegsdeutschland, das Fulbright-Programm-Abkommen unterzeichneten. Die Bundesrepublik war damit das 25. Land, das sich am weltweiten Austauschprogramm mit den Vereinigten Staaten von Amerika beteiligte. Heute umfaßt dieses Programm mehr als 40 Länder von Europa über Afrika, den Nahen und Fernen Osten bis nach Latein-Amerika.

In seinem 16jährigen Bestehen hat das Fulbright-Programm bis heute mehr als 46 000 Stipendien vergeben und damit einen nicht annähernd abzuschätzenden Beitrag für die internationale Verständigung und für den Frieden geleistet. Es ist heute zu einem festen Begriff in Wissenschaft und Öffentlichkeit geworden.

Das Einzigartige an diesem Programm ist, daß es im wörtlichen Sinne aus Mitteln zur Kriegsführung Wege für das gegenseitige Kennenlernen der Völker und zur wechselseitigen Schätzung schuf.

Am Ende des 2. Weltkrieges hatten die USA riesige Bestände an Heeresgütern in vielen Ländern gelagert, für die es keinen Bedarf mehr gab; ein Rücktransport in die Vereinigten Staaten hätte sich nicht gelohnt. So überließ man diese Güter den damals bedürftigen Ländern, die sie ihrerseits preiswert an die Bevölkerung veräußerten. In Deutschland dürften diese Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände unter dem Begriff STEG-Waren bei vielen noch in lebhafter Erinnerung sein.

Das Ergebnis dieser Aktion waren beträchtliche Dollar-Schulden vieler Länder. Zwar lagen in den verschiedenen Ländern Gelder in Landeswährung bereit, aber die Zahlungen waren naturgemäß in Dollars zu leisten und Dollars waren überall knapp.

In dieser Situation entwickelte Senator Fulbright den Plan für ein Programm, das diese Geldmittel in den Dienst der internationalen Verständigung stellen und ein amerikanisches Austauschprogramm ermöglichen sollte.

Am 1. August 1946 erhob der amerikanische Kongreß diesen Plan zum Gesetz. Entsprechende Verordnungen und Gesetze ließen dem Programm weitere Geldmittel aus überschüssigen landwirtschaftlichen Gütern zufließen. Das Fulbright-Hays-Gesetz des Jahres 1961 brachte eine Intensivierung der Wirkungen und Möglichkeiten des Programms. In Anerkennung seiner Verdienste trägt das Programm den Namen seines Initiators, des demokratischen Senators von Arkansas, J. William Fulbright, der während seiner Studienzeit Rhodes-Stipendiat in Oxford/England gewesen war und den Gewinn eines solchen Austausches selbst erfahren hatte.

Als das Programm 1952 in der Bundesrepublik anließ, standen rund 20 Millionen DM zur Verfügung. Ein Notenwechsel zwischen Außenminister von Brentano und dem amerikanischen Botschafter Bruce vom Mai 1958 machte weitere 20 Millionen DM für das Programm verfügbar. Damit kann das Programm im bisherigen Umfang bis zum Jahr 1964/65 durchgeführt werden. Gegenwärtig laufen Verhandlungen zwischen dem deutschen und amerikanischen Außenministerium, die eine gemeinsame Finanzierung des Programms über dieses Datum hinaus vorsehen.

Das deutsche Fulbright-Programm ist heute eines der vier größten; etwa gleich stark ist der Austausch mit Großbritannien, Frankreich und Italien. Insgesamt wurden im deutsch-amerikanischen Austausch in diesen ersten zehn Jahren 5250 Stipendien vergeben.

Zu seinem zehnjährigen Bestehen veranstaltet das deutsche Fulbright-Programm vom 17. bis 23. November dieses Jahres in der Bonner Universität eine Fulbright-Woche. Zu dem Festakt werden die Unterzeichner des Abkommens, Bundeskanzler Adenauer und John J. McCloy, sowie zahlreiche offizielle und private Persönlichkeiten beider Länder und die Vertreter der anderen europäischen und außereuropäischen Programme erwartet. Senator Fulbright selber wird die Festrede halten und den Ehrenvorsitz der Gesellschaft der Freunde des Deutsch-Amerikanischen Akademischen Austausches (Freunde des Fulbright-Programms) e. V. entgegennehmen.

Amerikanische und deutsche Fulbright-Professoren werden Festvorlesungen und Colloquien über Naturwissenschaften, Philosophie, Soziologie, Literatur und Wirtschaftswissenschaft halten.

Ehemalige und gegenwärtige Fulbright-Musik-Stipendiaten, die sich nach abgeschlossenem Studium an deutschen Musikhochschulen vervollkommneten, werden Konzerte und Liederabende geben und später in den Amerika-Häusern im ganzen Bundesgebiet konzertieren. Ferner wird während der Fulbright-Woche in der Beethovenhalle in Bonn eine Kunstausstellung mit Werken von ehemaligen Stipendiaten gezeigt, die später auch in den Amerika-Häusern zu sehen sein wird. Die deutsche Fulbright-Commission, die wie die Gesellschaft der Freunde des Fulbright-Programms ihren Sitz in Bad Godesberg, Theaterplatz 1 A, hat, bringt aus dem gleichen Anlaß eine Festschrift zu Ehren von Senator Fulbright heraus. Unter dem Titel „Geist einer freien Gesellschaft“ — Spirit of a Free Society — vermitteln namhafte amerikanische und deutsche Professoren Einblicke in Geschichte, dichterisches Schaffen und Ideenwelt der Nordamerikaner, die dem Kenner der neuen Welt wie dem Interessierten lebendige und neue Erkenntnisse bringen: Wie sie sich selber sieht und wie sie mit europäischen Augen gesehen wird.

Ernst Hund

Zypern-Seminar des WUS

Das deutsche Komitee des World University Service hat sein bisher größtes und wohl auch schwierigstes Experiment auf dem Gebiet der „International Education“ mit Erfolg hinter sich gebracht. Vom 18. September bis zum 5. Oktober 1962 hatten sich in Nicosia/Zypern rund 60 Professoren und Studenten aus 10 Ländern zu dem Seminar „Die kulturelle Begegnung von Orient und Okzident“ versammelt. Dieses Seminar, das vom WUS mit der großzügigen Unterstützung der Deutschen UNESCO-Kommission und der Bundesregierung unter der Schirmherrschaft des Staatspräsidenten von Zypern, Erzbischof Makarios, durchgeführt wurde, muß als ein großer Erfolg gewertet werden, sowohl im Hinblick auf die wissenschaftliche Ausbeute, als auch auf die offiziellen und persönlichen Kontakte im Dienste der internationalen Verständigung.

Den ersten Teil des Seminars bestritten fast ausschließlich zyprische Gelehrte, vornehmlich Archäologen, die in Vorträgen von hohem wissenschaftlichen Niveau die Mittlerrolle Zyperns in dem jahrhundertelangen geistigen Austausch zwischen Orient und Okzident darstellten. Im zweiten Teil des Seminars behandelten zumeist deutsche Professoren und Dozenten das Thema „Der Orient und der Mittelmeerraum unter dem Einfluß des Islam“. Der dritte Teil rundete das Seminar mit Vorträgen und Diskussionen über das Eindringen westeuropäischer Einflüsse in den Vorderen Orient ab.

Neben dem wissenschaftlichen Teil des Seminars wurden auch eine ein- und eine zweitägige Exkursion durch die Insel unternommen, während der den Teilnehmern ein buntes Mosaik aus Zeugnissen der Geschichte und Gegenwart Zyperns gezeigt wurden.

Die überwältigende Gastfreundschaft, die dem Seminar als Ganzem und jedem einzelnen von allen offiziellen zyprischen Stellen und von zahlreichen Privatleuten entgegengebracht wurde, war für jedermann ein großes Erlebnis.

Weit über das normale Maß der Gastgeberhöflichkeit hinaus aber ging das Interesse, das die Zypristen diesem internationalen Seminar des World University Service entgegenbrachten. Das hat seinen Grund allerdings auch darin, daß das Seminar das erste große internationale Ereignis auf der Insel seit der Freiheit und Unabhängigkeit Zyperns gewesen ist.

„Bildungshilfe für Entwicklungsländer“ heißt das Thema einer Arbeitstagung, welche die Friedrich-Naumann-Stiftung zusammen mit der deutschen Gruppe der Liberalen Weltunion vom 8. bis 10. 11. 1962 in Baden-Baden veranstaltet. Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik werden Referate halten. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Walter Scheel wird einleitend zum Thema „Entwicklungshilfe — warum und wie?“ sprechen. Über „Wissenschaft und Ausbildungshilfe“ wird Prof. Dr. Leusink, der Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, referieren. Im Februar 1962 hatte die Friedrich-Naumann-Stiftung zusammen mit dem Deutschen Komitee des World University Service (WUS) bereits eine ähnliche Tagung zu diesem Problemkreis veranstaltet.

„Geschichtliche Grundlagen des chinesischen Kommunismus“ (3)

Der zweite Teil des in der Ausgabe vom 23. September begonnenen Vortrages von Prof. Dr. Herbert Franke/München hatte mit der Feststellung geendet, „daß eine sprachliche Analyse des modernen kommunistischen Wortschatzes uns wertvolle Aufschlüsse über das Verhältnis von Tradition und Neuerung geben kann und damit über die Eigenart des chinesischen Kommunismus als einer Sonderform des internationalen Kommunismus“.

Wenn im obigen die konformistischen Züge der traditionellen chinesischen Staatsauffassung und der konfuzianischen Ideologie hervorgehoben wurden, so soll damit natürlich nicht gesagt werden, daß der chinesische Kommunismus eine lückenlose Fortsetzung des Konfuzianismus bilde oder gar die geschichtsnotwendige Folge der Entwicklung des neueren China gewesen sei. Solchen historischen Determinismus zu vertreten, liegt mir fern. Auch hat man sich bewußt zu sein, daß die Heraushebung der konformistischen Züge im ideologischen und sozialen Bereich des alten China eine Vereinfachung bedeutet, die nur deshalb gerechtfertigt ist, weil man zu Unrecht oft das Wesen des Chinesentums in individualistischer Staatsform gesehen hat. Ein Blick auf die chinesische Geschichte zeigt, daß es immer wieder Nonkonformisten gegeben hat, auch innerhalb des Konfuzianismus selbst. Nichts wäre falscher, als die auf Herder und Hegel, ja wohl schon auf die Jesuitenmissionare zurückgehende Anschauung, China sei stets statisch gewesen und habe keine eigentliche Geschichte. Und daß selbst auch unter der Decke des kommunistischen Konformismus kritische Strömungen bestehen, zeigte die sogenannte „Hundert-Blüten“-Zeit 1957, als während einer vorübergehenden Lockerung der die Redefreiheit einschränkenden Maßnahmen Stimmen zu Worte kamen, die selbst gegen die Grundprinzipien von Staat und Partei gerichtet waren. Aber das wesentliche an der konfuzianischen Staatsideologie der Vergangenheit ist doch ihr Anspruch auf Totalität, ein Anspruch der also im Grunde nicht weniger umfassend ist als der des heutigen Kommunismus. Hinzu kommt noch ein weiteres Moment, nämlich das Fehlen organisierter, in der gesamten Sozialstruktur wirksamer ideologischer Gegenpositionen. In der europäischen Geschichte finden wir solcher Kräfte genug, als bedeutsamste wohl die des Christentums in seinen verschiedenen Ausprägungen. Der Antagonismus von Staat und Kirche oder Kirchen hat die europäische Geschichte immer wieder geformt. Daß es in China, und zumal in unserem Jahrhundert, dergleichen nicht gegeben hat, ist nur zu erklären aus den einheimischen Voraussetzungen. Von vornherein scheidet als eine Gegenposition die taoistische Philosophie aus. Sie war infolge ihres quietistisch-anarchistischen, hochindividualistischen Charakters niemals in der Lage, mit dem Konfuzianismus auf der Ebene der Sozialphilosophie oder der Staatslehre konkurrieren zu können. Aber auch die eigentlichen Religionen in China haben niemals den Staat und seine Ideologie ernsthaft in Frage gestellt. Keine von ihnen, weder der Buddhismus noch der Taoismus, hat eine Staats- und Gesellschaftslehre entwickelt, die mit der des Konfuzianismus hätte konkurrieren können. Zwar hat es im Lauf der chinesischen Geschichte wiederholt Auseinandersetzungen zwischen den staatlichen Gewalten und der buddhistischen Kirche gegeben, aber die Gründe lagen eher in der fiskalischen Sphäre, keinesfalls aber darin, daß etwa der Buddhismus versucht hätte, den Staat nach seinen Vorstellungen zu beeinflussen oder gar zu formen. Dazu kommt, daß schon seit Jahrhunderten in den chinesischen Kernländern, sehr im Gegensatz zu den lamaistischen Außenländern wie Tibet und der Mongolei, der Buddhismus keine große innere Kraft mehr zu entfalten vermochte. Von einer solchen Religion waren deshalb auch keine Gegenkräfte zu erwarten gegen eine mit dem Anspruch der Fortschrittlichkeit auftretende Lehre wie den Kommunismus, die versprach, das Volk aus seinen Fesseln im Inneren und nach außen zu befreien. Das Christentum schließlich war trotz, vielleicht auch gerade wegen der Unterstützung, welche die europäischen Mächte im 19. Jahrhundert den Missionaren gewährten, nicht zu einer Religion mit ins Gewicht fallender Anhängerzahl geworden, weder bei der intellektuellen Elite noch auch den Massen des Volkes. So ist es nicht zu verwundern, daß ideologisch gesehen der Kommunismus in eine Art Vakuum einströmen konnte, in einen Raum ohne nennenswerte, institutionell einflußreiche Gegenkräfte. Die Ereignisse in China sollten vielleicht eine Warnung sein, in Asien den Einfluß der Religionen überhaupt als Gegenkräfte gegen den Kommunismus zu überschätzen.

Wie stellt sich nun das Verhältnis des Kommunismus in China zur einheimischen Tradition, zur angestammten Kultur selbst dar? Auf dem politisch-organisatorischen Gebiet ist die Antwort einigermaßen leicht zu geben. Die durch den Imperialismus früherer Jahrhunderte, namentlich aber im 18. Jahrhundert durch die Kolonialpolitik der Mandschukaiser geschaffenen Grenzen werden übernommen, ohne sie auch nur im geringsten in Frage zu stellen, wie oben anlässlich der Tibetfrage erwähnt. Die seit Jahren andauernden Streitigkeiten mit Indien um die Himalaya-Grenzen sind nur ein Ausfluß dieses Erbes einer mit imperialen Mitteln erreichten Machtstellung und Ausdehnung. Peking denkt nicht daran, auch nur einen Fußbreit dessen aufzugeben, was es als rechtmäßigen Besitz betrachtet, und etwa den nichtchinesischen Völkern Zentralasiens Freiheit und echte Unabhängigkeit zu gewähren. Insofern ist die chinesische Politik (und man möchte hinzufügen, sicherlich nicht nur die der Kommunisten) durchaus traditionsverhaftet. Dieser Haltung steht nach innen ein erbarmungsloser Kampf gegen das gegenüber, was als die „reaktionären“ und „feudalistischen“ Überbleibsel auf allen Gebieten des Lebens angesehen wird. Auf die Einzelheiten dieser revolutionären und gewaltsamen Umformung der chinesischen Gesellschaft soll hier nicht eingegangen werden. Dagegen soll versucht werden, das Verhältnis zur einheimischen Tradition insbesondere auf kulturellem Gebiet noch etwas näher zu kennzeichnen.

Sicherlich ist auch hier auf vielen Gebieten eine Abkehr vom Überkommenen festzustellen. Aber dabei darf nicht vergessen werden, daß dem Kommunismus eine kulturelle Revolution vorausgegangen ist, die ihre Wurzeln bereits in früherer Zeit, etwa seit der Jahrhundertwende hat. Die Umwertung der Vergangenheit, die Abkehr von den traditionellen literarischen Formen, ja der bis dahin in ihrem Primat unangefochtenen Schriftsprache ist jedenfalls nichts dem Kommunismus eigenes gewesen. Eine ganze Generation chinesischer Künstler und Gelehrter hat daran mitgewirkt, neue Formen und neue Inhalte zu suchen. Der Konfuzianismus insbesondere wurde weithin für alle Mißstände im Lande verantwortlich gemacht und gerade bei den Intellektuellen der Zwanzigerjahre findet man Äußerungen gegen den Konfuzianismus, die an Schärfe von keinem linientreuen Marxisten übertroffen werden könnten. Gleichzeitig begannen sich westliche Einflüsse in Wissenschaft und Kunst mehr und mehr fühlbar zu machen. Dieser Antitraditionalismus wurde vom Kommunismus also nicht hervorgerufen, sondern aufgenommen und weitergeführt. Ein Land von der Geschichtsmächtigkeit Chinas aber läßt sich nicht von heute auf morgen völlig traditionslosen Prinzipien unterwerfen. 3000 Jahre geschichtlicher und kultureller Entwicklung können nicht einfach negiert werden. In den ersten Zeiten nach der Gründung der Volksrepublik war die Einstellung zur eigenen kulturellen Vergangenheit noch überwiegend von negativen Gesichtspunkten bestimmt, ein Rigorismus, der aus einer einseitig klassenmäßig bedingten Sicht zu erklären ist. Man ließ nur gelten, was entweder aus dem Volke, der ungelehrten Unterschicht kam, wie alle Arten der Volkskunst und des anonymen Kunstgewerbes, oder in Volkssprache abgefaßt war, sich also an das Volk wandte. Diese Einseitigkeit, die etwa dazu führte, daß nur von ganz wenigen klassischen Autoren Neudrucke hergestellt wurden, ist mittlerweile schon längst überwunden. Auch die Kunst der „feudalen Oberschicht“, z. B. die Tuschkalerei, erfreut sich wieder der Schätzung durch die Kulturbehörden und manche Wissenschaftszweige, etwa die Archäologie mit ihrer reichen Ausgrabungstätigkeit, haben wieder einen hohen Stand erreicht. Vielleicht hat man eingesehen, daß es nicht gut angeht, aus dem kulturellen Erbe alles auszuschalten, was von der Oberschicht stammt. Unverkennbar ist vielmehr in der heutigen chinesischen Kulturpolitik ein großer Stolz auf die Kulturleistungen der Vergangenheit, die nicht ohne Erfolg zur Hebung des nationalen Selbstgefühls eingesetzt werden.

Auch auf dem Gebiet der Literatur zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. Ein Blick auf die chinesische Buchproduktion läßt erkennen, daß die Literatur früherer Jahrhunderte und Jahrtausende weiterhin neu gedruckt, erforscht und verbreitet wird. Freilich nicht ohne gewisse, nur ideologisch erklärbare Einschränkungen. So wird einstweilen noch sehr vieles, was dem religiösen Taoismus angehört, ausgeklammert, wohl weil es unter den Begriff „Aberglauben“ gestellt

wird, den zu bekämpfen sich Regierung und Partei vorgenommen haben. Und von der reichen Romanliteratur Chinas hat man ausgezeichnete Neuauflagen veranstaltet, jedoch mit einer bezeichnenden Ausnahme: das *Chin-p'ing-mei*, ohne Zweifel einer der bedeutendsten chinesischen Romane überhaupt, ist bisher nicht neu veröffentlicht worden und auch kaum literarhistorisch behandelt worden. Hier zeigt sich der Puritanismus des Systems, das freie erotische Schilderungen als ungehörig empfindet. Und auch bei manchen anderen Novellen wird der Leser feststellen müssen, daß einige realistische Abschnitte, die das Schamgefühl der Funktionäre beleidigten, einfach weggelassen worden sind.

Besonders aufschlußreich, aber auch besonders schwierig in Kürze zusammenzufassen, ist das Verhältnis der kommunistischen Geschichtswissenschaft in China zur Geschichte. Wir begnügen uns mit einigen Andeutungen. Alles, was mit Volksaufständen gegen Staat und Oberschicht zu tun hat, ist ein bevorzugter Gegenstand der Forschung, ebenso natürlich die anti-imperialistischen Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert oder die Frühzeit der chinesischen Gewerkschaften und ähnliche Themen, abgesehen von den anscheinend in kommunistischen Staaten unvermeidlichen, meist nicht sehr fördernden, da dogmatischen Streitigkeiten um die „korrekte“ Periodisierung der Geschichte. Aber in vielen Einzelheiten herrscht auch heute noch die historische Bewertung, die von den konfuzianischen Historiographen der Vergangenheit geprägt worden ist. Manche Urteile, die der Historiker im mittelalterlichen China über Ereignisse oder Personen fällt, kann man auch heute noch in den von linientreuen Gelehrten verfaßten Geschichtsabrissen wiederfinden. Lob und Tadel, diese Grundprinzipien der offiziellen

Geschichtsschreibung im traditionellen China, haben sich nicht nur als Kategorien erhalten, sondern weithin auch noch im Inhalt.

Damit wollen wir unseren Überblick abschließen. Er hat sehr viele Probleme berührt, von denen jedes einzelne den Gegenstand einer wissenschaftlichen Monographie abgeben könnte. Verallgemeinerungen, wie sie gerade der Historiker nicht schätzt, waren unvermeidlich. Sie verfolgten aber einen pädagogischen Zweck, nämlich zu zeigen, daß das Phänomen des kommunistischen China nicht nur, wie es oft geschieht, aus der kommunistischen Begriffswelt heraus erfaßt werden kann, sondern daß es in China vielleicht noch mehr als in anderen Staaten der kommunistischen Welt nötig ist, die nationalen Faktoren und das Schwergewicht der einheimischen Traditionen zu untersuchen, wenn man das gegenwärtige Geschehen einigermaßen zutreffend beschreiben und analysieren will. Wer Chinas Geschichte und seine Kultur kennt, wird weniger Gefahr laufen, Perspektiven zu verschieben als der, der nur Gegenwartskunde treibt. Hier liegt eine Rechtfertigung für das heute gar nicht mehr so exotische und weltfremde akademische Fach der Sinologie. Denn die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem traditionellen China eröffnet nicht nur den Zugang zu einer Kulturwelt von ungebrochener Dauerhaftigkeit, die zu untersuchen einen ebenso reizvollen wie in sich selbst wertvollen Beitrag zur Geschichte des Menschseins überhaupt darstellt; sie ist auch unentbehrlich zum besseren Verständnis dessen, was seit 1949 in China geschieht und was im Guten oder Bösen die Zukunft unserer Welt auf das nachdrücklichste beeinflussen kann. In diesem Sinne verstanden ist die Sinologie eine zugleich humanistische und politische Wissenschaft geworden.

Herbert Franke

Bestand und Bedarf der chemischen Industrie an Chemikern

(2. Erhebung)

Die vor einigen Jahren vom Verband der Chemischen Industrie durchgeführte Untersuchung, die sich auf den Bestand und Bedarf der chemischen Industrie an Chemikern in den Jahren 1950 bis 1957 erstreckte, wurde durch eine erneute Repräsentativerhebung fortgesetzt. Außer den Zahlen der in den Jahren 1958 bis 1961 in der chemischen Industrie tätigen Chemiker wurde wiederum der Altersaufbau ermittelt. Ferner wurden erstmals ihre wichtigsten Tätigkeitsgebiete erfaßt.

An der Erhebung haben sich 80 Unternehmen mit rund $\frac{2}{3}$ der Beschäftigtenzahl der gesamten chemischen Industrie beteiligt. Die aus den Meldungen der Unternehmen und der amtlichen Beschäftigtenstatistik errechneten Chemikerzahlen können nur unter dem Vorbehalt gelten, daß die Verhältnisse bei den übrigen Unternehmen die gleichen sind wie bei den an der Erhebung beteiligten. Es muß ferner einschränkend vermerkt werden, daß die gemeldeten und errechneten Zahlen über den Bestand und die Zunahme an Chemikern offenlassen, ob darüber hinaus ein ungedeckter Bedarf vorliegt.

Die Erhebung zeigt, daß die Zahl der in der chemischen Industrie beschäftigten Chemiker in den Jahren 1958 bis 1961 in annähernd gleichem Umfang wie in dem vorhergehenden Zeitraum zugenommen hat, und zwar von rund 7500 auf annähernd 9000. Ebenfalls ist sie wie bisher relativ stärker gestiegen als die Zahl der insgesamt Beschäftigten. Der Anteil der Chemikerzahl an der Gesamtbeschäftigtenzahl erhöhte sich dadurch geringfügig von 1:57 auf 1:55.

Die nachstehende Tabelle gibt die durch die beiden Erhebungen ermittelte Entwicklung des Chemikerbestandes in der chemischen Industrie von 1950 bis 1961 wieder.

Jahr:	Zahl der Chemiker:	Zunahme gegen Vorjahr absolut:	%
1950	4600	200	5
1951	4950	350	8
1952	5350	400	8
1953	5750	400	7
1954	6150	400	7
1955	6700	550	9
1956	7150	450	7
1957	7500 *)	350	5
1958	7850	350	5
1959	8150	300	4
1960	8650	500	6
1961	9050	400	5

Die Tätigkeit der von der Erhebung erfaßten Chemiker verteilte sich im Jahre 1961 auf folgende Gebiete:

Forschung, Entwicklung (einschl. Anwendungstechnik)	51 %
Betrieb (Produktion, Betriebsüberwachung)	36 %
Vertrieb, Verwaltung (einschl. Kundenberatung)	11 %
sonstige Tätigkeiten	2 %

Der Altersaufbau der von der Erhebung erfaßten Chemiker war im Dezember 1961 folgender:

Unter 30 Jahren	4,9 %
30 — 35 Jahre	25,2 %
35 — 40 Jahre	21,2 %
40 — 45 Jahre	12,3 %
45 — 50 Jahre	9,2 %
50 — 55 Jahre	9,5 %
55 — 60 Jahre	9,5 %
60 — 65 Jahre	7,8 %
65 Jahre und mehr	0,4 %

Auf Grund dieser Altersstaffel und der amtlichen Sterbetafel ist in den nächsten 5 Jahren ein Ergänzungsbedarf für die durch Tod oder Alter Ausscheidenden von annähernd 200 Chemikern jährlich zu erwarten. Unter Zugrundelegung dieses Ergänzungsbedarfs und einer dem bisherigen Trend entsprechenden weiteren Zunahme dürfte der jährliche Gesamtbedarf der chemischen Industrie — in Übereinstimmung mit den Vorausberechnungen der ersten Erhebung — in einer Größenordnung von 600 Chemikern liegen.

Zu diesem Bedarf der chemischen Industrie, die ca. 60 % aller Chemiker beschäftigt, kommt derjenige anderer Industriezweige, der Hochschulen, Forschungsinstitute, Untersuchungsämter und anderen Behörden. Er erhöht sich ferner um den Nachholbedarf, der im Jahre 1958 mit 750 Chemikern ermittelt wurde und inzwischen kaum gedeckt sein dürfte.

Demgegenüber steht die Zahl der Chemiepromotionen deutscher Studierender an den Universitäten und Technischen Hochschulen im Bundesgebiet und in West-Berlin:

1958	684 Promotionen
1959	730 Promotionen
1960	687 Promotionen.

Dieses Mißverhältnis zwischen „Angebot und Nachfrage“ sollte den verantwortlichen Stellen erneut Anlaß geben, die Nachwuchssituation und dem Ausbau von chemischen Hochschulen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

*) Die Werte der 1. und 2. Erhebung stimmen wegen teilweise unterschiedlicher Meldungen nicht überein (7450 bzw. 7600).

Friedrich-Ebert-Stiftung

Zu den fünf Hochbegabtenstiftungen in der Bundesrepublik, die besonders befähigten akademischen Nachwuchs fördern, gehört seit langem die Friedrich-Ebert-Stiftung. Als am 28. Februar 1925 Friedrich Ebert, der erste Präsident der Weimarer Republik, starb, wurde bald darauf entsprechend seinem letzten Wunsche diese Stiftung errichtet. Die Idee der Demokratie in allen Schichten des deutschen Volkes zu verbreiten und zu festigen, jungen begabten Menschen eine qualifizierte Ausbildung durch Stipendien zu ermöglichen und für die internationale Verständigung zu wirken — das waren und sind die Aufgaben dieses Werkes, das nach 1933 aufgelöst werden mußte und 1947 wiederbegründet werden konnte.

In vier Abteilungen gliedert sich heute das Tätigkeitsgebiet der Stiftung: Hochbegabtenförderung, Erwachsenenbildung, internationale Beziehungen (vor allem zu den Entwicklungsländern) und das Forschungszentrum. Im Rahmen der Hochbegabtenförderung wurden im Haushaltsjahr 1961 270 deutsche Studenten materiell und ideell unterstützt, während gleichzeitig 103 ausländische Studenten gefördert wurden.

Von den deutschen Studenten erhielten 237 Stipendiaten ein monatliches Stipendium und Büchergeld, das in der Vorförderung bis zum dritten Studiensemester 150 DM monatlich, zusätzlich 30 DM Büchergeld, und in der Hauptförderung — die auch die Promotion umschließen kann — 220 DM, zusätzlich 40 DM Büchergeld, beträgt. Überdurchschnittliche wissenschaftliche Befähigung, ausgeprägte charakterliche Reife und staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein sind die Voraussetzungen für jeden Bewerber, um in die Hochbegabtenförderung aufgenommen zu werden. Hochschullehrer, Vertrauensdozenten oder wissenschaftliche Vorprüfer der Stiftung und Direktoren Höherer Schulen können die Kandidaten vorschlagen, doch auch persönliche Bewerbungen sind zugelassen. Nachdem bereits dem Stipendienantrag ein Gutachten eines Fachprofessors oder des Schulleiters beiliegen muß, wird jeder Bewerber einem wissenschaftlichen Vorprüfer zugewiesen, der ein ausführliches Gutachten über die wissenschaftliche und persönliche Eignung des Kandidaten erstellt. Die Entscheidung über die Aufnahme trifft schließlich ein Prüfungsausschuß der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Verwaltung und Mitglieder des Vorstandes und der Geschäftsführung der Stiftung angehören.

Der weitaus größte Teil der Stipendiaten gehört der Philosophischen Fakultät an, nämlich allein 125 Studenten. Mit Abstand folgen dann die künftigen Juristen (45) und Volks- und Betriebswirte (44). Etwa 20% der geförderten Studenten sind weibliche Stipendiaten.

Die Förderung beschränkt sich keineswegs auf die rein finanzielle Unterstützung während des Studiums. Seminare und Freizeitbegegnungen in der Heimvolkshochschule der Stiftung in Bergneustadt und Kurse und Seminare im Ausland sollen den Blick der Stipendiaten vom Fachstudium auch auf allgemeine Probleme lenken. „Kommunismus in Asien“, „Das Ideologieproblem in Ost und West“ oder „Strukturprobleme der Demokratie“ — das sind einige Themen solcher Veranstaltungen, für die namhafte Referenten gewonnen wurden. Örtliche Stipendiatentreffen und Arbeitsgemeinschaften unter der Leitung besonderer Tutoren dienen demgegenüber der rein fachlichen Aussprache und dem Erfahrungsaustausch über Studienfragen. Vertrauensdozenten an den einzelnen Hochschulen haben ehrenamtlich die Aufgabe übernommen, die Stipendiaten vor allem in fachlicher Hinsicht, aber auch in allen persönlichen Fragen zu beraten. Acht der Stipendiaten hatten die Möglichkeit, ihre Studien an Universitäten des Auslandes, auch in Übersee, fortzusetzen. Doch eine wesentlich größere Zahl konnte an Exkursionen und Seminaren bei verschiedenen internationalen Organisationen in Luxemburg, Brüssel, Paris und Genf sowie am Salzburg-Seminar für amerikanische Studien teilnehmen, wobei die Auswahl unter den Stipendiaten unter dem Gesichtspunkt einer späteren Tätigkeit in europäischen und anderen internationalen Behörden getroffen wurde.

Dieses umfangreiche Programm wissenschaftlicher und menschlicher Betreuung erklärt es, daß 33 Stipendiaten der Stiftung, deren Studium materiell gesichert ist, an der „ideellen Förderung“ teilnehmen. Ihnen steht der Zugang zu allen Veranstaltungen offen, deren Kosten die Stiftung trägt, ohne daß die Stipendiaten ein monatliches Stipendium er-

halten. Dennoch sind die Voraussetzungen für die Aufnahme in die ideelle Förderung die gleichen wie für die finanzielle Förderung.

Ein besonderes Interesse nimmt die Stiftung an solchen Bewerbern, die die Hochschulreife über den zweiten Bildungsweg erlangt haben. 1961 sind 54 Stipendiaten — etwa 20% — diesen Weg gegangen. Den sehr beschwerlichen Umweg über das Abendgymnasium oder andere private Institute zur Erlangung der Hochschulreife wählten allein 29 Stipendiaten.

Wie bereits vor dem zweiten Weltkrieg fördert die Friedrich-Ebert-Stiftung auch ausländische Studenten, wobei für die Auswahl der Bewerber die gleichen strengen Maßstäbe angelegt werden. Nach Auffassung der Stiftung kann es weder dem Ruf einer deutschen Hochschulausbildung nützen, noch dem Studenten selber dienen, wenn von ihm weniger verlangt wird als von seinen deutschen Kommilitonen. Im Vorjahr erhielten 103 ausländische Studenten ein monatliches Stipendium von 250 DM und einen zusätzlichen Betrag von 50 DM für die Anschaffung von Büchern und wissenschaftlichen Geräten. Die Bewerber werden häufig von den deutschen diplomatischen Vertretungen oder den Goethe-Instituten im Ausland, von ausländischen Missionen in Deutschland, von früheren Stipendiaten, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind, oder von befreundeten ausländischen Organisationen vorgeschlagen. Die meisten der ausländischen Stipendiaten kommen aus Entwicklungsländern, vor allem aus Indien (23), Indonesien (14) und Marokko (11).

Auf die wissenschaftliche und persönliche Beratung und Hilfe für die ausländischen Studenten wird besonderer Wert gelegt. Natürlich stehen ihnen alle Veranstaltungen und Wege offen, die auch den deutschen Stipendiaten dienen, schon allein, um sie voll in unser Hochschulleben zu integrieren. Doch zusätzlich erhält jeder noch einen deutschen Kommilitonen als Berater zur Seite, der im „Huckepack-System“ sich auch um alle speziellen Sorgen des ausländischen Gastes kümmert. Treffen der Stipendiaten aus Asien und Afrika ermöglichen es, auf besondere Probleme im einzelnen einzugehen. Seminare in Berlin und im UNESCO-Institut der Jugend in Gauting/München waren der politischen Aussprache gewidmet. Besonders bewährt haben sich „Städte-Seminare“, die in Zusammenarbeit mit kommunalen Behörden und örtlichen Organisationen für Kulturbeziehungen zum Ausland vorbereitet und durchgeführt wurden. Die Stipendiaten lernen hierbei einige Seiten des Lebens in Deutschland kennen, die ihnen normalerweise durch ihr Studium nicht erschlossen werden, die ihnen aber als künftigen Führungskräften ihrer Heimat nützlich sein können.

Doch auch nach der Rückkehr in die Heimat sollen die Verbindungen zwischen der Stiftung und ihren ehemaligen Stipendiaten nicht abreißen. Es hat sich ein lebhafter Schriftwechsel entwickelt, Wünsche nach Informationsmaterial und nach Fachliteratur wurden erfüllt und andererseits unterstützen die zurückgekehrten jungen Akademiker die Stiftung durch Gutachten und Material für wissenschaftliche Arbeiten. Mitarbeiter der Stiftung haben ihre ehemaligen Studenten wiederholt auf Auslandsreisen besucht. Auf Grund der vorliegenden Erfahrungen ergab sich jetzt der Plan von Regionaltreffen, auf denen die einstigen Stipendiaten mit solchen Persönlichkeiten in den Entwicklungsländern Kontakt aufnehmen sollen, mit denen die Stiftung in verschiedenen Bereichen in fachlicher Verbindung steht.

Schließlich gewinnt die Arbeit des Forschungszentrums der Friedrich-Ebert-Stiftung immer größeres Gewicht auch im Hochschulbereich. In der sozialwissenschaftlichen Abteilung reichen dabei ihre Aufgaben von Untersuchungen der europäischen Arbeitsmarktfragen über eine fortlaufende Bibliographie der deutschen, englischen, französischen und russischen Entwicklungsländer-Literatur bis zu den speziellen Problemen der Erwachsenenbildung, des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens und der Grunderziehung durch Massenmedien in Entwicklungsländern. Besonderes Interesse gewannen dabei die Vierteljahresberichte über die Entwicklungshilfe des Ostblocks. Die historisch-politische Abteilung des Forschungszentrums befaßt sich überwiegend mit zeitgeschichtlichen Themen, aber auch mit grundsätzlichen Bereichen wie der Überwindung von Vorurteilen. Eine große Zahl von Veröffentlichungen, unter ihnen die Jahrbücher der Stiftung, liegen inzwischen für die verschiedenen Sachgebiete vor.

25 v. H. ohne Studienabschluß

Bundesaußenminister Dr. Schröder zu Fragen des Ausländer-Studiums

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 9. 10. 62 nahm Bundesaußenminister Dr. Schröder zu Problemen des Ausländer-Studiums Stellung. Dabei erklärte er u. a., eine umfassende statistische Erhebung über den Studienabschluß von Studenten aus Entwicklungsländern sei bislang noch nicht angestellt worden. Er verwies in diesem Zusammenhang auf eine Umfrage des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) über die Qualifikation der Studierenden aus diesen Ländern, die z. Z. vorbereitet wird. Wörtlich sagte der Minister: „Die Universitäten in der Bundesrepublik einschließlich Berlins schätzen den Prozentsatz der deutschen und ausländischen Studenten ohne Studienabschluß auf etwa 25 %. ... Ein nennenswerter Unterschied zwischen dem Prozentsatz der Studenten aus der Bundesrepublik und dem Prozentsatz der Studenten aus den Entwicklungsländern, die zu keinem Studienabschluß gelangen, ist nicht festgestellt worden. Nicht übersehen werden darf bei dieser Frage aber, daß ein Studienabschluß durchaus nicht von allen Studierenden aus Entwicklungsländern angestrebt wird, da ein in Deutschland abgelegtes Schlußexamen in zahlreichen Entwicklungsländern zu nichts berechtigt.“

Der Minister wurde dann gefragt, in welcher Weise die Bundesregierung Studenten aus Entwicklungsländern fördere, die ihr Studium im kommunistischen Machtbereich

abbrächen und den Wunsch hätten, im freien Teil Deutschlands zu studieren, ohne daß sie eine Hochschulreife nachweisen könnten. Dazu sagte Dr. Schröder: „Die Prüfung und Betreuung der Studenten aus Entwicklungsländern, die ihr Studium im Ostblock abgebrochen haben, ist vom Auswärtigen Amt dem Sozialamt des Deutschen Bundesstudentenringes übertragen worden. Die Weiterführung der Ausbildung von Studenten, die über keinen Schulabschluß verfügen — was die Mehrzahl ist —, ist nur nach Sprachkursen und dem Besuch eines Vorstudienkollegs möglich.“ Für die endgültige Förderung dieses Personenkreises ständen dem DAAD Mittel zur Verfügung. Bisher seien daraus 9 Stipendien vergeben worden. Studenten, die aus disziplinären Gründen oder wegen offenkundiger Leistungsmängel im Ostblock ausgeschlossen worden seien, könnten in der Bundesrepublik nicht gefördert werden.

Auf die Frage des Abgeordneten Liehr (SPD), ob dem Minister bekannt sei, daß das Prinzip der deutschen Hochschulreife in Bezug auf ausländische Studenten durchlöchert sei, wenn es sich um Studenten handle, die von ihrer Regierung delegiert worden seien, sagte Dr. Schröder, er kenne dieses Problem nicht. Wörtlich fuhr er fort: „Wir sollten uns, meine ich, über diese Sache noch einmal unterhalten; in Frage und Antwort kann man das Problem wohl kaum behandeln.“

Hochschule auf internationaler Ebene

Erfolgreiches Experiment in Luxemburg

In Zusammenhang mit der wachsenden Integration der europäischen Nationen hat sich in den letzten Jahren gerade in Europa eine Reihe von Institutionen gebildet, die ein „post-graduate“-Studium auf internationaler Ebene bieten. Außer den in Europa bestehenden bedeutenden Gründungen der Vereinigten Staaten, wie etwa der John Hopkins University in Bologna oder dem Salzburg-Seminar, bieten aber auch die Europa-Institute von Turin, Nancy, Brügge und Saarbrücken und ähnliche Einrichtungen in Den Haag, Paris und Rom Möglichkeiten zum Weiterstudium nach einem nationalen Studienabschluß. In diese Reihe gehört auch die Internationale Universität von Luxemburg.

Die finanziell im wesentlichen von der Luxemburgischen Regierung getragene „Université Internationale des Sciences Comparées“ besteht zur Zeit aus zwei Fakultäten: der 1958 gegründeten Internationalen Fakultät für Rechtsvergleichung und der ein Jahr später entstandenen Fakultät für Vergleichende Wirtschaftswissenschaften. Eine dritte Fakultät für Vergleichende Sprach- und Literaturwissenschaften wird angestrebt. Außerdem will man das Institut zu einer wirklichen Universität ausbauen.

Eine solche Internationale Universität mit einem international besetzten Lehrkörper und einer ebenfalls international gemischten Studentenschar ist der ideale Ort für Vergleichende Wissenschaften. Hier wird dem jungen Akademiker die Chance geboten, nach dem Diplom- oder Staatsexamen an einer nationalen Universität seine Kenntnisse als „post-graduate“ zu vervollkommen und darüber hinaus internationale Kontakte zu pflegen und seine Sprachkenntnisse zu erweitern. Außerdem ist in Luxemburg die günstige

Gelegenheit gegeben, interessante Einblicke in die Arbeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu nehmen.

Die Kurse an dem Institut dauern sechs Wochen und finden in den Monaten August und September statt. Die juristische Fakultät veranstaltet zusätzlich einen Frühjahrslehrgang über die europäischen Organisationen. Die Vorlesungen werden in Englisch und Französisch gehalten, während in Seminaren und Prüfungen außerdem deutsch gesprochen werden kann.

Die einzelnen Lehrgänge stehen unter einem aktuellen Rahmenthema, zu dessen Diskussion die jeweiligen international anerkannten Experten nach Luxemburg eingeladen werden. Das gesamte Studium an der Internationalen Universität soll sich über drei Jahre erstrecken, d. h., jeder Student soll an drei sechswöchigen Kursen teilnehmen. Nach gut bestandenen Examen soll sogar eine Promotionsmöglichkeit gegeben werden.

Über die Diskussion um eine zu gründende internationale Universität in Florenz vergißt man, daß eine ähnliche Institution in Florenz bereits seit drei Jahren besteht. (E. P.)

Stipendien des British Council

Im Rahmen der Vergabe von Stipendien zur wissenschaftlichen Weiterbildung hat der British Council in Köln für das kommende Jahr 1963/64 wiederum beträchtliche Mittel zum Studium an Universitäten in England zur Verfügung gestellt. Um diese Stipendien können sich junge Wissenschaftler bewerben, die ein abgeschlossenes Hochschulstudium nachweisen können und an einer wissenschaftlichen Hochschule der Bundesrepublik oder West-Berlins tätig sind. Darüber hinaus sind davon nicht ausgeschlossen die Wissenschaftler der Max-Planck-Institute und der dem Bund unterstehenden Forschungsanstalten.

Die Stipendien des British Council umfassen die Reisekosten von Deutschland nach Großbritannien und zurück, eine monatliche Unterhaltungsbewilligung sowie einen Zuschuß für Bücher und Lehrinstrumente. Ferner sind die Fahrtkosten der innerhalb Englands genehmigten Reisen darin eingeschlossen. Für die Dauer der Stipendien von normalerweise 10 Monaten — unter gewissen Umständen ist eine Verlängerung möglich — sorgt der British Council für die Unterkunft seiner Stipendiaten.

Alle Bewerbungen um ein Stipendium der British Council, die in der Zeit zwischen dem 1. 11. und dem 4. 12. 1962 bei dessen Geschäftsstelle in Köln vorliegen müssen, werden von einem englisch-deutschen Auswahlausschuß geprüft, der einen Teil der Bewerber in die engere Wahl zieht. Diese Bewerber werden zu einem Interview eingeladen, das am 7. und 8. 1. 1963 in Köln stattfindet.

Zwischen den zehn ständigen wissenschaftlichen Mitarbeitern und den rund 25 freien Mitarbeitern des Forschungszentrums und den Stipendiaten der Stiftung hat sich dabei vielfach ein lebendiger Kontakt ergeben, der für beide Seiten fruchtbar wurde. Dem akademischen Nachwuchs auch auf diesem Wege unmittelbaren Einblick in aktuelle Forschungsaufgaben und Methoden zu geben, sieht die Stiftung als wesentliche Aufgabe an.

Daß der frühere Bundespräsident Prof. Theodor Heuß 1956 die Heimvolkshochschule der Stiftung in Bergneustadt eröffnete und daß Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke in der Gedächtnisrede zum 35. Todestage Friedrich Eberts auf das Verdienst der demokratischen Haltung des Reichspräsidenten hinwies, sind zwei gewichtige Zeugnisse dafür, daß die Friedrich-Ebert-Stiftung das Vermächtnis des Reichspräsidenten wahrte und sich zugleich neuen Aufgaben und Ideen stellt. Die Verbindung von Verantwortungsbewußtsein für die Demokratie und für die internationale Zusammenarbeit mit dem Dienst an der Wissenschaft gibt dieser Stiftung ihr besonderes Gepräge.

Dieter Bielenstein

Weltraumforschung und Raumflugtechnik

Das deutsche Programm — Ein nationaler und ein internationaler Teil

Im Rahmen der Tagung „Raumfahrt und Raketentechnik“, die am 4. Oktober 1962 im Haus der Technik e.V. in Essen durchgeführt wurde, sprach der Leiter der Gruppe Weltraumforschung des Bundesministeriums für Atomkernenergie, Ministerialrat Dipl.-Ing. Max Mayer, zur Frage eines deutschen Beitrags zur Weltraumforschung und Raumflugtechnik. Er führte dazu sinngemäß aus:

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, die der Initiative einzelner weitschauender Persönlichkeiten zu danken sind, verfüge die Bundesrepublik Deutschland heute auf Grund der Stagnation in den vergangenen 15 bis 17 Jahren noch nicht wieder über die erforderliche personelle, materielle und finanzielle Kapazität, um in der Weltraumforschung und Raumflugtechnik einen mit dem Ausland vergleichbaren Beitrag zum Fortschritt des gemeinsamen Wissens leisten zu können. Eine der wesentlichsten Aufgaben des Atomministeriums werde es sein, für den Anschluß an den internationalen Stand der einschlägigen Wissenschaften und Techniken auf breiter Basis zu sorgen. Dies setze eine eigene nationale Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie den Betrieb eigener nationaler Anlagen voraus.

Die Erfahrung habe gezeigt, daß es für die langfristige Planung der Forschung und Entwicklung von Geräten oder Gerätesystemen darauf ankomme, nicht allein die Kosten für die Grundlagenforschung und die angewandte Forschung, für Entwicklung und Erprobung anzusetzen, sondern auch an die späteren Kosten für Fertigungsinvestitionen, für die Beschaffung, Wartung und Instandhaltung sowie für den Betrieb der Anlagen zu denken.

Das deutsche Programm, dessen Planung bisher weitgehend von außerhalb des Ministeriums stehenden internationalen Gremien oder nationalen Forschungs- und Industrieinstituten ausgearbeitet worden sei, weil der dem Ministerium zur Verfügung stehende Personalstab viel zu klein sei, enthalte einen internationalen und einen nationalen Teil. Bei dem internationalen Teil stehe die Mitarbeit der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Organisation für Weltraumforschung (European Space Research Organisation — ESRO) und in der Europäischen Organisation für die

Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern (European Launcher Development Organisation — ELDO) im Mittelpunkt der Bemühungen. Der nationale Teil gliedere sich zunächst in 3 Vorhaben: 1. in ein Forschungsprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft; 2. in ein Forschungsprogramm der Deutschen Gesellschaft für Flugwissenschaften und 3. in ein Entwicklungsprogramm der deutschen Industrie.

Zur Durchführung dieses Programms seien für das Rechnungsjahr 1962 vom Parlament rd. 35 Mill. DM bewilligt worden, davon 20 Mill. DM für die deutsche Beteiligung an der ELDO, 5 Mill. DM für die deutsche Beteiligung an der ESRO und 10 Mill. DM für die nationale Forschung und Entwicklung. Von den 25 Mill. DM für das internationale Programm könnten 1962 wahrscheinlich nur 6,4 Mill. DM in Anspruch genommen werden, da die Verträge zur Gründung der ESRO und ELDO vom Parlament noch nicht ratifiziert worden seien. Die 10 Mill. DM für das nationale Programm seien wie folgt festgelegt worden:

Deutsche Forschungsgemeinschaft	3,8 Mill. DM
Deutsche Gesellschaft für Flugwissenschaften	1,8 Mill. DM
Nachwuchsförderung	0,2 Mill. DM
Max-Planck-Institute	1,0 Mill. DM
Industrie	2,0 Mill. DM
Sternwarte Bochum	0,6 Mill. DM
für Studien, Gesellschaft für Weltraumforschung mbH und Sachverständige	0,6 Mill. DM
Zusammen	10,0 Mill. DM

Aus der Entscheidung der Bundesregierung, sich an der Förderung der Erforschung des Weltraums zu beteiligen, folge die Notwendigkeit, vor allem im nationalen Bereich Forschung und Entwicklung so zu aktivieren, daß der sachliche Beitrag der deutschen wissenschaftlichen und technischen Kapazität zur Lösung der Probleme der Weltraumforschung nicht nur den hohen Erwartungen des Auslandes, sondern vor allem auch den Bedürfnissen der deutschen wissenschaftlichen, technischen und damit wirtschaftlichen Zukunft genügen werde.

Feriengespräch zwischen Hochschullehrern und Studenten

IV. Internationaler Sommerkurs auf Castello di Urio am Comer See

Über 70 Studenten und Dozenten aus 18 europäischen und überseeischen Ländern folgten der Einladung der Fondazione RUI/Rom und der Studentischen Kulturgemeinschaft/Bonn zum 4. Internationalen Sommerkurs auf Castello di Urio am Comer See, der vom 1. bis 14. August stattfand. 27 Studenten aus Afrika, die zur Zeit in Europa studieren, nahmen an der Begegnung teil. In ausführlichen Roundtable-Gesprächen wurden allgemeine Fragen des universitären Lebens, der europäischen Integration und der Beziehungen des geeinten Europa zu den jungen afrikanischen Staaten behandelt.

„Menschliche Begegnung in der Universität“, so hieß der Themenkreis, den sich die Teilnehmer unter Mitwirkung namhafter Gelehrter aus Italien, England, Holland und der Bundesrepublik in den ersten Tagen des Kurses gemeinsam erarbeiteten.

Die zweite Hälfte des Treffens war der Information und Diskussion über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gewidmet, in deren Arbeit und Konstitution Direktor Bolomey von der EWG-Abteilung Entwicklungshilfe einführte. In seinem Referat berührte er insbesondere die Probleme, die aus einer Assoziation afrikanischer Länder mit der Wirtschaftsgemeinschaft erwachsen werden. Direktor Bolomey stellte die Frage der menschlichen Beziehungen als ein Kernproblem der übernationalen Gemeinschaft heraus.

Daß solche menschlichen Begegnungen auf internationaler Ebene keine Utopie mehr sind, dafür sollten die Gespräche auf Castello di Urio den Beweis erbringen. Gemeinschaft werde nie dort geschaffen, wo man sie um ihrer selbst willen suche, sondern nur in der „gemeinsamen Verfolgung eines Zieles“, so umschrieb Professor Laughlin/Cambridge den Sinn der internationalen Sommerkurse. Gerade im Raum der Wissenschaft hänge der Erfolg der Arbeit vom menschlichen Miteinander ab. Nach Ansicht von Dr. Cor-

bellini/Mailand entmutigt der Mangel an persönlicher Begegnung und die Anonymität des Universitätslebens viele befähigte Studierende, eine akademische Laufbahn einzuschlagen. Die Kurs-Teilnehmer waren sich jedoch darüber einig, daß die Zahl der Studenten nicht gewaltsam verkleinert werden dürfe. Sie stimmten auch dem Referat von Dr. Cervos/Bonn zu, in dem der Typus des ausschließlich seiner Ausbildung oder der Wissenschaft lebenden Studenten als unzeitgemäß abgelehnt wurde. Der Studierende müsse aufgeschlossen bleiben für das geistige und politische Geschehen um ihn. Prof. Laughlin kritisierte in diesem Zusammenhang den Modell-Charakter der amerikanischen Colleges und Universitäten, worin den Studenten eine bestimmte Gesellschaftsordnung, eine abgerundete Welt im Kleinen geboten werde, die die Gefahr einer gewissen Einseitigkeit des Gesellschaftsbildes in sich berge.

Der Student, so formulierte Dr. Laughlin jun./Cambridge, sei zwar vom wirtschaftlichen Schaffen der Gesellschaft, nicht aber vom Leben in der Gesellschaft überhaupt dispensiert. Er sei verpflichtet, seine Aufgabe als integrierendes Glied der Gesellschaft wahrzunehmen unter Einsatz der besonderen Privilegien, die ihm die Möglichkeit des Zuganges zu universalem Wissen einräume. Die Universität müsse ihn zur Wahrnehmung dieser aktiven Stellung anregen, soweit ihr das bei dem Massenansturm der Studenten heute noch möglich sei.

Die Teilnehmer des 4. Sommerkurses bemühten sich auch um Vorschläge zur Verbesserung des Kontaktes zwischen Lehrenden und Lernenden. Zunächst einmal müsse für eine angemessene Besoldung der Hochschullehrer gesorgt werden, damit sie die Möglichkeit haben, sich voll und ganz ihren pädagogischen Aufgaben widmen zu können. Ferner wurde vorgeschlagen, gemeinsame Ferientreffen für Hochschullehrer und Studenten zu veranstalten. Man setzte sich

Kurz berichtet

Für die Technische Hochschule in Stuttgart hat das Baden-Württembergische Kultusministerium eine elektronische Rechenanlage bei einer amerikanischen Firma bestellt. Der Rechenroboter soll im Sommer 1963 im Institut für Statik und Dynamik der Flugkonstruktion an der Stuttgarter Hochschule in Betrieb genommen werden.

Das Deutsche Institut für Bildung und Wissen in Frankfurt/Main veranstaltete eine Tagung, die unter dem Thema „Die Krise des Zeitalters der Wissenschaften“ vom 14. bis 20. Oktober in Arnshausen stattfand. Das umfangreiche Programm enthielt Referate über die Krise der Naturwissenschaften, der anthropologischen Disziplinen, der Geschichts-, Rechts- und der Universalwissenschaften.

Über Fragen der Erdvermessung berieten in München rund 150 Geodäten. Durch diese Tagung sollte die Arbeit der geodätischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die seit längerem an einem neuen Weltatlas arbeitet, erleichtert werden.

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung in Frankfurt/Main, 1953 durch den Zusammenschluß von sieben auf dem Gebiet der Ernährung arbeitenden Organisationen gegründet, hielt vom 9. bis 12. Oktober in Stuttgart ihre diesjährige Jahrestagung ab. Die Institution ist eine gemeinnützige Einrichtung und wird zu 45 % vom Bund und zu 35 % von den Ländern getragen.

Linguistische und ethnologische Forschungsarbeiten beendeten jetzt deutsche und österreichische Wissenschaftler, die von der vierten Guinea-Expedition heimkehrten. Die Ausbeute auf dem Gebiet bisher unbekannter Fetischkulte und Geisterreligionen war nach Mitteilung des Expeditionsleiters Lersch/Wien besonders ergiebig.

Eine Erweiterung des Schopenhauer-Archivs in Frankfurt plant der zum neuen Leiter des Archivs berufene Münchner Philosoph Arthur Hübscher. Zunächst soll die einst 1600 Titel umfassende Bibliothek Schopenhauers wieder aufgebaut werden.

Die Studienstiftung des deutschen Volkes hat für 2000 hervorragend begabte Studenten der Universitäten, der wissenschaftlichen und Kunsthochschulen der Bundesrepublik und West-Berlins für das Studienjahr 1963 insgesamt 5,9 Mill. DM zur Verfügung gestellt.

Der Pädagogische Austauschdienst der Kultusministerien der Länder vermittelt in diesem Jahr 321 angehenden Studienassessoren aus der Bundesrepublik einen Aufenthalt in Frankreich. Kurse dieser Art werden alljährlich seit 1958 von dieser Vermittlungsstelle durchgeführt. 25 französische Lehrer, die ein Vierteljahr in deutschen Schulen tätig sein werden, werden zur Zeit in Trier unterwiesen.

Aus zwei Gutachten der Bundesärztekammer geht hervor, daß in den nächsten zehn Jahren etwa 20 000 neue Ärzte im Bundesgebiet und West-Berlin benötigt werden, aber voraussichtlich rund 39 000 neue Mediziner ausgebildet werden. Die Kammer glaubt, daß durch die beiden Gutachten ihre wiederholt erhobene Warnung vor dem Medizinstudium nachdrücklich unterstrichen wird.

aber auch für die Errichtung von Clubs und Vereinigungen aus eigener studentischer Initiative ein, die allen Studenten ohne Rücksicht auf Nationalität und Rasse offenstehen sollen. Besondere Bedeutung wurde einer neuen Art von Studentenheimen beigemessen, die neben dem Fachstudium in Vorlesung, Seminar und Praktikum weiten Raum für eine kontinuierliche menschliche Begegnung von Professoren und Studenten bietet.

Der Austausch zwischen den Universitäten der einzelnen Länder, besonders mit den Hochschulen des afrikanischen Raumes, sollte nach Ansicht der Gesprächsteilnehmer intensiviert werden. Schwierigkeiten bereite dabei jedoch die unterschiedliche Anerkennung der jeweils im Ausland absolvierten Studien.

Weitere Vorschläge betrafen den wissenschaftlich-kulturellen Bereich. So wurde angeregt, die Geschichtstexte und -darstellungen frei von nationalen Wertungen zu revidieren. Darüberhinaus sollte das Studium der Kulturen anderer Länder und Völker in Übersee gefördert werden. H. Thomas

Der diesjährige Hochschulbeamtenstag fand Anfang dieses Monats in Berlin statt und dauerte fünf Tage. Auf dem Programm standen Fachreferate über aktuelle Fragen der Hochschulverwaltung.

Einen Kulturpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu stiften hat der DGB-Bundesvorstand beschlossen. Der Preis, der mit 20 000,— DM dotiert ist, ist teilbar und soll im Regelfall jährlich vergeben werden. Für die Verleihung des Kulturpreises wird der DGB-Bundesvorstand ein Kuratorium berufen.

Zu den „Goslarer Kulturtagen“ trafen Wissenschaftler von den Universitäten Brüssel, Hamburg, Tübingen und Kiel ein. Thema der Kulturtage waren Probleme des Zeitgeschehens.

Den 1. Internationalen Jurastudenten-Kongreß veranstaltete der Fachverband Rechtswissenschaften vom 14. bis 20. 10. 1962 in der Berliner Kongreßhalle. 60 Studierende aus 15 europäischen Ländern nahmen daran teil. Das Thema der Tagung lautete: Aufgabe und Verantwortung des Juristen in Europa. Vorsitzender des Ehrenkomitees war Prof. Furler, der Vizepräsident des Europa-Parlaments.

Der 15. Katholische Studententag wird vom 31. 7. bis 7. 8. 63 in der Ruhrmetropole Essen stattfinden. Er wird unter dem Thema „Stärker als die Technik — Der Mensch in der technischen Welt“ stehen und damit den Problembereich um Technik, Wissenschaft und Glauben behandeln.

Unter dem Thema: „Brauchen wir ein Lehrerbildungsgesetz?“ hielt der Landesverband der Studenten an pädagogischen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen vom 15. bis 20. Oktober eine ordentliche Delegiertenversammlung und Arbeitstagung in Kronenburg/Eifel ab.

Ein Deutschlandinstitut in Helsinki wurde im März dieses Jahres eröffnet. Das Institut soll mit Sprachkursen sowie einer umfassenden deutschen Bibliothek die deutsch-finnischen Kulturbeziehungen fördern.

Das Goethe-Institut in Tananarive/Madagaskar entfaltet eine äußerst aktive Tätigkeit. Wie bekannt wird, wurden hier soeben die deutschen Sprachkurse ausgedehnt. Für junge Schüler im Alter von 12 bis 15 Jahren wurde neuerdings eine besondere Klasse eingerichtet.

Die 3. Europäische Konferenz der Erziehungsminister fand vom 10. bis 12. 10. 1962 in Rom statt. Die auf Einladung des italienischen Erziehungsministers erfolgte Konferenz versammelte die Erziehungsminister aus Belgien, Zypern, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Spanien und der Türkei. Die Themen der Konferenz knüpften an die Beratungen der Hamburger Tagung vom April 1961 an. Im Mittelpunkt der Beratungen standen eigentliche Erziehungsfragen, die heute alle europäischen Staaten gemeinsam berühren.

„Europaeum medicum collegium“ heißt eine neue europäische Ärztereinigung, deren Mitglieder sich Anfang dieses Monats zum ersten Male in Straßburg trafen. Ziel dieser Organisation ist der Informations- und Erfahrungsaustausch von Land zu Land. Der Austausch soll vor allem dem „medizinischen Mittelstand“, also dem Praktiker, zugute kommen. Ihm soll Gelegenheit geboten werden zu hören, wie es die anderen machen.

Das französische Nationalinstitut für Naturwissenschaftliche Forschung schrieb soeben einen Wettbewerb aus. Hierdurch sollen Wege gefunden werden, die Wissenschaftler über die ständig zunehmenden Fachpublikationen in aller Welt ständig zu unterrichten.

Die Universität Oxford/Großbritannien wird sich gezwungen sehen, im Studienjahr 1962/63 selbst unerläßliche Lehr- und Forschungsaufgaben einzuschränken, wenn nicht größere finanzielle Unterstützung gewährt wird. Dies geht aus dem soeben veröffentlichten Jahresbericht der Universität für 1961/62 hervor, der für das kommende Jahr außerordentlich große finanzielle Schwierigkeiten vorhersagt. Die staatlichen Zuwendungen für 1962/63 betragen etwa 37 Millionen DM.

PERSONALIA

NEUE REKTOREN UND DEKANE

München: Zu Dekanen für das Studienjahr 1962/63 wählten die Theologische Fakultät: Prof. Dr. theol. Heinrich F r i e s ; die Juristische Fakultät: Prof. Dr. jur. Siegfried G r u n d m a n n ; die Staatswirtschaftliche Fakultät: Prof. Dr. rer. pol. Horst J e c h t ; die Medizinische Fakultät: Prof. Dr. med. Alexander H e r r m a n n ; die Tierärztliche Fakultät: Prof. Dr. med. vet. Konrad U l l r i c h ; die Philosophische Fakultät: Prof. Dr. phil. Horst H a m m i t z s c h ; die Naturwissenschaftliche Fakultät: Prof. Dr. phil. Karl S t e i n .

Speyer: Zum Rektor der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer für das Amtsjahr 1962/63 wurde der ordentliche Professor für Öffentliches Recht Dr. Carl H e r m a n n U l e gewählt.

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Berlin: Dr. Ing. Hans-Jürgen L ö f f l e r wurde zum ordentlichen Professor auf das Ordinariat Thermodynamik berufen. — Privatdozent Dr. jur. Klaus S t e r n , München, wurde zum ordentlichen Professor auf den Lehrstuhl für Staatsrecht und Politik berufen.

Bonn: Prof. D. Otto P l ö g e r erhielt einen Ruf an die Universität Kiel auf den Lehrstuhl für Altes Testament.

Freiburg i. Br.: Prof. Dr. Wilhelm L e t t e n b a u e r , Erlangen, wurde zum ordentlichen Professor und Ordinarius für Slawistik ernannt. — Prof. Dr. Adolf K o l p i n g wurde zum ordentlichen Professor und Ordinarius für Fundamentalthologie ernannt.

Gießen: Privatdozent Dr. Peter C l a s s e n , Mainz, hat den Ruf auf das Ordinariat für Mittelalterliche Geschichte angenommen.

Göttingen: Prof. Dr. Hans-Paul B a h r d t , TH Hannover, ist zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Soziologie in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät berufen worden.

Hamburg: Dr. Rudolf K ä u b l e r , o. Professor an der Universität Halle-Wittenberg, hat einen Ruf auf ein Extraordinariat für Geographie erhalten. — Prof. Dr. phil. Peter R. H o f s t ä t t e r hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Psychologie an der Universität Heidelberg erhalten. — Privatdozent Dr. Charles L i c h t e n t h a e l e r , Lausanne, wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf das Ordinariat für Geschichte der Medizin berufen. — Prof. Dr. Helmut L i p f e r t wurde zum ordentlichen Professor und zum Direktor des Seminars für Bankbetriebslehre ernannt. — Prof. Dr. Horst E n g e l und Privatdozent Dr. Heinz G o l l n i c k wurden zu ordentlichen Professoren ernannt. — Prof. Dr. Erich O t r e m b a erhielt einen Ruf an die Universität Heidelberg auf einen neugeschaffenen Lehrstuhl für Geographie.

Karlsruhe: Prof. Dr. Alexander C a t s c h wurde zum o. Professor ernannt; ihm wurde der Lehrstuhl für Strahlenbiologie übertragen. — Prof. Dr. Karl M ö h l e r , Lehrstuhl für Ingenieurholzbau und Baukonstruktionen wurde für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der TH die Amtsbezeichnung und die akademischen Rechte eines ordentlichen Professors verliehen.

Mainz: Prof. Dr. Friedrich L. B a u e r erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Mathematik an der TH München. — Prof. Dr. Karl B i s c h o f f erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Deutsche Philologie, ältere Germanistik, an der Universität Tübingen. — Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Prof. Dr. Eugen R a p p , Prof. Dr. Hermann L a n g e , Prof. Dr. Rafael v o n U s l a r und Prof. Dr. Klemens P l e v e r .

München: Prof. Dr. Fritz B a c k m u n d und Prof. Dr. Ernst R o h m e d e r wurden zu ordentlichen Professoren ernannt.

Münster: Prof. Dr. Bernhard F a b i a n erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat für Englische Philologie an der Universität Mainz. — Dozent Dr. Walter S t r e e wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf ein Ordinariat für Straf- und Prozeßrecht berufen.

Saarbrücken: Prof. Dr. med. Helmut K u l e n k a m p f f , Würzburg, hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Anatomie II

angenommen. — Prof. Roger B a u e r , Agrégé, Gastprofessor an der Universität Bonn, hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Vergleichende Literaturwissenschaften angenommen. — Privatdozent Dr. phil. Konrad R e p p e n , Bonn, hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Neuere und neueste Geschichte angenommen. — Prof. Dr. math. Walter H a b i c h t hat den Ruf auf einen Lehrstuhl für Mathematik an der Universität Basel angenommen. — Prof. Dr. phil. Stephan S k a l w e i t erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der FU Berlin. — Prorektor Prof. Dr. phil. Helmut S t i m m erhielt einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Romanische Philologie an der Universität München.

Frankfurt: Prof. Dr. Konrad K r a f t hat den Ruf auf das 2. Ordinariat für Alte Geschichte angenommen.

b) außerordentliche Professoren

Hamburg: Prof. Dr. Joseph-Hans K ü h n und Privatdozent Dr. Hans Adam K ü n k e l wurden zu außerordentlichen Professoren ernannt.

Hannover: Prof. Dr. Alfred D o r n o w wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Organische Chemie an der TH Hannover berufen.

c) Honorarprofessoren

Mannheim: Generaldirektor Emil F r e y wurde für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Wirtschaftshochschule zum Honorarprofessor ernannt.

Münster und Trier: Se. Exzellenz Prof. Dr. Dr. Dr. Joseph H ö f f n e r , Bischof von Münster, wurde zum Honorarprofessor der Universität Münster und zum Honorarprofessor der Theologischen Fakultät Trier ernannt.

d) Wissenschaftliche Räte

Mainz: Prof. Dr. Werner L o r e n z und Privatdozent Dr. Karlheinz B ä b l e r wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu Wissenschaftlichen Räten ernannt.

Münster: Prof. Dr. Bruno-Helmuth L e w i n wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Stuttgart: Dr. rer. nat. Hermann-Josef B e c h e r wurde zum Wissenschaftlichen Rat auf Widerruf ernannt. — Dr.-Ing. Richard G a u g e r wurde zum Wissenschaftlichen Rat auf Lebenszeit ernannt.

e) außerplanmäßige Professoren

Bonn: Prof. Dr. med. Norbert S c h ü m m e l f e d e r hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie an der Universität Köln erhalten. — Dr. Friedhelm E r w e , Dozent für Mathematik, wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Braunschweig: Privatdozent Dr.-Ing. Werner P i e p e n b u r g wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Heidelberg: Privatdozent Dr. Dietrich v o n K e i s e r wurde für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

München: Die Privatdozenten Dr. Theodor N a s e m a n n , Dr. Ernst W a i d l , Dr. Anton M a y r und Dr. Wilhelm M e s s e r e r wurden zu außerplanmäßigen Professoren ernannt.

Münster: Prof. Dr. Hugdieter N o a c k wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Saarbrücken: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Prof. Dr. rer. nat. Otto N e u n h o e f f e r , Prof. Dr. med. Rudolf S c h a r f und Privatdozent Dr. med. Reinhard W i g a n d .

f) Dozenten und Privatdozenten

Bonn: Privatdozent Dr. Carl Friedrich G r a u m a n n wurde zum Dozenten für Psychologie ernannt. — Privatdozent Dr. Herbert S i n g e r hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Deutsche Literaturgeschichte und Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität Hamburg erhalten.

Hamburg: Privatdozent Dr. Heinz Stöwe erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Statistik an der Universität Mainz.

Heidelberg: Dr. rer. nat. Claus Weinges, Privatdozent für Organische Chemie wurde zum Dozenten ernannt.

Mainz: Privatdozent Dr. Otto Ewert wurde als solcher in das Beamtenverhältnis berufen.

Marburg: Privatdozent Dr. rer. pol. Eberhard Dülfer wurde zum Dozenten ernannt.

München: Privatdozent Dr. Felix Karlinger wurde zum Universitätsdozenten ernannt.

Münster: Privatdozent Dr. Ulrich Suerbaum, Privatdozent Dr. Rudolf Vierhaus und Privatdozent Dr. Bernhard Schultze-Jena wurden zu Dozenten ernannt. — Dozent Dr. Paul Heinz List erhielt einen Ruf auf das Extraordinariat für Pharmazeutische Chemie an der Universität Marburg.

Saarbrücken: Privatdozent Dr. phil. Vinzenz Buchheit erhielt einen Ruf auf das Extraordinariat für Klassische Philologie an der Universität Münster und einen Ruf auf das Ordinariat für Klassische Philologie an der Universität Gießen.

g) Lektoren

Hamburg: Dr. Minoru Inaba wurde zum Lektor für die japanische Sprache ernannt.

Münster: Helmut Korhammer wurde zum Lektor für Zeichnen ernannt.

HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER „VENIA LEGENDI“

Bonn: Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. Wolfgang Korte für „Frauenheilkunde und Geburtshilfe“; Dr. med. Otto-Erich Lund für „Augenheilkunde“; Dr. Jürgen Ross für „Innere Medizin und Neurologie“; Dr. rer. nat. Hans-Jürgen Meyer für „Mineralogie und Kristallographie“. — Die venia legendi wurde unter gleichzeitiger Ernennung zum Privatdozenten verliehen an: Dr. rer. nat. Wolf Vielsch für „Physikalische Chemie“; Dr. phil. Willi Ziegler für „Paläontologie“; Dr. phil. Karl-Heinz Göller für „Englische Philologie“; Dr. phil. Klaus Hartmann für „Philosophie“; Dr. phil. Gerold Ungeheuer (z. Z.: Cauca Universität in Popayan/Kolumbien) für „Allgemeine Phonetik und Kommunikationsforschung“.

Hamburg: Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. Claus Roxin für Strafrecht, Strafprozeßrecht und Rechtsphilosophie, Dr. Eberhard Witte für Betriebswirtschaftslehre, Dr. Jörg Draeger für Augenheilkunde, Dr. Andreas Tänzer für Radiologie, Dr. Christoph Weiss für Physiologie, Dr. Franz Meyer für Angewandte Botanik unter besonderer Berücksichtigung der Forstbotanik, Dr. Odo Krappinger für Schiffbau und Dr. Gerhard Hartmann für Zoologie.

Münster: Dr. phil. Heinz Heckhausen wurde die venia legendi für Psychologie verliehen. — Privatdozent Dr. Helmut Klages wurde für Soziologie von der Universität Erlangen-Nürnberg an die Universität Münster umhabilitiert.

Saarbrücken: Die venia legendi erhielten unter gleichzeitiger Ernennung zu Privatdozenten Dr. med. Manfred Piroth für „Allgemeine und spezielle pathologische Anatomie“ und Dr. med. dent. Manfred Straßburg für „Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde“.

LEHRAUFTRÄGE

Berlin: An der TU wurden neue Lehraufträge erteilt an: Dr. rer. nat. Kurt Becker über Physikalisch-chemische Rechenübungen; Privatdozent Dr. rer. nat. Herbert Schirmer über Einführung in die Quantenphysik; Dr.-Ing. Werner Steimbach über Stahlbau; Dipl.-Ing. Helmut Bournot über Öffentliche Grünanlagen, Schulen und Friedhöfe; Prof. Dr.-Ing. Friedrich Tödt über Spezielle Untersuchungen in der Zuckerindustrie.

Bonn: Oberlandesgerichtsrat Dr. Erich Philipp erhielt einen unbesoldeten Lehrauftrag für das WS 1962/63 für strafrechtliche und strafprozessuale Repetitionskurse. —

Dr. Carl Adam Petri erhielt für das WS 1962/63 die Genehmigung zur Abhaltung einer Vorlesung mit Übungen über Aufbau und Programmieren elektrischer Rechenanlagen. — Regierungsrat Dr. Josef Seemann erhielt für das WS 1962/63 und das SS 63 einen unbesoldeten Lehrauftrag für „Mikroklimatologie (einschl. Anwendungen)“.

Braunschweig: Lehraufträge für das WS 1962/63 und SS 63 erhielten: Prof. Dr. Rudolf Ludwig für Praktische Mathematik; Regierungsrat Dr. Leo Schulz für Angewandte Meteorologie; Prof. Dr. Hans Bode für Technische Elektrochemie; Oberstudiendirektor i. R. E. Blume für Pädagogik; Dr. phil. nat. habil. Sadowski für Sedimentpetrographie.

Darmstadt: Privatdozent Dr. Lore Kullmer, Frankfurt, erhielt einen Lehrauftrag für Finanzwissenschaft und Finanzpolitik an der TH.

Frankfurt: Dr. Matthias Schmitt erhielt einen Lehrauftrag für Probleme der Entwicklungsländer.

Münster: Folgende Lehraufträge wurden für das WS 1962/63 verlängert: Oberstudienrat Dr. Karl-Ernst Jeismann für Einführung in die Quellen zur Geschichte der Neuzeit; Studienrat Dr. Ewald Rumpf für Pädagogische Promseminare; Studienrat Dr. W. Oelmüller für Philosophische Übungen; Frau Monika Röllig für Türkische Sprachkurse; Fräulein Jacqueline Birk für Französische Sprache; Frau lic. phil. Denise Bourgois für Französische Sprach- und Konversationskurse; Professor Dr. Siegfried Oppolzer für Pädagogische Proseminare. — Prof. Dr. Thimm, Bonn, erhielt für das WS 1962/63 einen unbesoldeten Lehrauftrag für Analysis. — Dr. Erika Zuberbieber erhielt für das WS 1962/63 einen Lehrauftrag für Psychomotorik und Graphologie. — Dr. Günter Roeschmann erhielt für das WS bis zum SS 1964 einschließlich einen unbesoldeten Lehrauftrag für Geologische Bodenkunde und Bodenkartierung.

VERTRETUNGEN

Clausthal: Privatdozent Dr.-Ing. Ulrich Kuxmann wurde mit der Vertretung des Lehrstuhls für Metallhüttenwesen und Elektrometallurgie und der Leitung des gleichnamigen Instituts beauftragt.

Karlsruhe: Privatdozent Dr. Gérard Gräfen wurde mit der Vertretung des 3. Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre beauftragt. — Prof. Dr. Heimann, Ordinarius für Lebensmittelchemie, wurde mit der Vertretung des außerordentlichen Lehrstuhls für Lebensmittelchemie beauftragt.

Münster: Mit der Vertretung eines Lehrstuhls wurden beauftragt: Prof. Dr. Walter Baumeister für Botanik; Privatdozent Dr. Hartmut Hoffmann, Bonn, für Mittelalterliche Geschichte und Historische Hilfswissenschaften; Privatdozent Dr. K. S. Kramer, München, für Deutsche und Vergleichende Volkskunde; Prof. Dr. Hans Seifert für Mineralogie und Petrologie.

Mainz: Privatdozent Dr. Josef Stallich wurde mit der Vertretung des Lehrstuhls für Philosophie im WS 1962/63 beauftragt. — Privatdozent Dr. Wolfgang Zöllner, München, wurde mit der Vertretung des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht im WS 1962/63 beauftragt.

BEURLAUBUNGEN

Braunschweig: Prof. Dr.-Ing. R. A. Kraus wurde bis Ende SS 1964 zu Tätigkeiten im Rahmen des Aufbaues des Indian Institute of Technology in Madras beurlaubt.

Hamburg: Zur Durchführung von Studien- und Forschungsarbeiten wurden für das WS 1962/63 beurlaubt: die ordentlichen Professoren Dr. Georg Kretschmar, Dr. Hans Würdinger, Dr. Heinrich Henkel, Dr. Hans Peter Ipsen, Dr. Hans Ritschl, Dr. Siegfried Landshut, Dr. Ulrich Knoche, Dr. Hans Wenke, Dr. Walter Hävernich, Dr. Ulrich Pretzel, Dr. Arthur Jores, der außerordentliche Professor Dr. Walter Kuhn und der Privatdozent Dr. Christoph Weiss.

Mainz: Prorektor Prof. Dr. Walter Marg wurde für das WS 1962/63 und den Monat Mai des SS 63 zur Durchführung von Forschungsarbeiten von der Verpflichtung, Vorlesungen und Übungen abzuhalten, freigestellt.

Münster: Dozent Dr. Hermann Berger ist bis zum 30. 4. 1963 beurlaubt.

EMERITIERUNGEN

Clausthal: Prof. Dr.-Ing. Friedrich Johansen wurde ab 1.10.62 von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden.

Hamburg: Prof. Dr. Hans Mayer-Wegelin wurde auf eigenen Antrag von den amtlichen Verpflichtungen entbunden.

München: Prof. Dr. Friedrich Klingner wurde von den amtlichen Verpflichtungen in der Philosophischen Fakultät der Universität entbunden.

Trier: Prälat Prof. Dr. Hubert Junker und Prälat Prof. Dr. Joseph Lenz wurden emeritiert.

ABGELEHNTE BERUFUNGEN

Bonn: Prof. Dr.-Ing. Helmut Wolf hat einen Ruf an die TH Aachen abgelehnt.

Erlangen: Prof. Dr. Karl Hoffmann, Philosophische Fakultät, hat einen Ruf an die Universität Bonn abgelehnt. — Prof. Dr. Heinrich Hubmann hat den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht an der Universität Kiel abgelehnt.

Frankfurt: Prof. Dr. Konrad Kraft hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Alte Geschichte an der Universität Heidelberg abgelehnt.

Heidelberg: Prof. Dr. Hans Schaefer hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Physiologie an der Universität Bonn abgelehnt.

Mainz: Prof. Dr. Hannes Laven hat den Ruf auf eine Professur an der Universität von Illinois/USA abgelehnt.

Münster: Prof. Dr. Harald Schäfer hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Anorganische Chemie an der TU Berlin abgelehnt.

Saarbrücken: Prof. Dr. rer. nat. Heinz Söhngen hat den Ruf auf ein Ordinariat für Mathematik an der TH Darmstadt abgelehnt.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

Hamburg: Prof. Dr. Hans Adam Künkel wurde zum Direktor des neuerrichteten Strahlenbiologischen Instituts ernannt.

Mainz: Prof. Dr. Hellmut Federhofer wurde zum Direktor des Musikwissenschaftlichen Instituts bestellt.

Münster: Prof. Dr. Harry Westermann wurde interimistisch mit der Verwaltung der Direktorstelle des Instituts für Genossenschaftswesen betraut.

GASTPROFESSUREN

Hamburg: Gastprofessuren wurden übertragen an: Prof. Dr. Fujimoto, Tokio, für WS 1962 bis SS 1963 im Rahmen des Instituts für Angewandte Physik; Prof. Dr. Bratko Kreft, Ljubjana, für WS 1962/63 im Rahmen des Slavischen Seminars; Prof. Dr. Hilmi Sabar, Bagdad, für das WS 1962/63 im Rahmen des Zoologischen Staatsinstitutes.

AKADEMISCHE EHRUNGEN

Ehrenpromotionen

Heidelberg: Kirchenmusikdirektor Eberhard Wenzel, Halle, wurde die Würde eines Dr. theol. h. c. verliehen.

VON DEN WISSENSCHAFTLICHEN AKADEMIEN, GESELLSCHAFTEN UND INSTITUTEN

Düsseldorf: Prof. Dr. Eberhard Bay, Direktor der Neurologischen Klinik der Medizinischen Akademie wurde von der Deutschen Gesellschaft für Neurologie zu ihrem neuen Präsidenten für die nächsten zwei Jahre gewählt.

Frankfurt: Prof. Dr. Willy Hartner wurde zum Mitglied des Verwaltungsausschusses des Deutschen Museums gewählt.

Hamburg: Prof. Dr. Dr. Hans Harmsen wurde für die Dauer von fünf Jahren zum Präsidenten der Deutschen Nansen-Gesellschaft gewählt.

Köln: Prof. Dr. med. Wilhelm Tönnis wurde zum Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Unfallheilkunde-

Versicherungs-, Versorgungs- und Verkehrsmedizin ernannt.

Mainz: Prof. Dr. Heinz Lossen wurde von der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Deutschen Röntgen-Museums in Remscheid-Lennep für weitere drei Jahre zum Mitglied des Kuratoriums gewählt.

München: Professor Dipl.-Ing. Franz Hart, TH München, wurde als ordentliches Mitglied in die Bayerische Akademie der Schönen Künste berufen. — Prof. Dr. phil. Dr. rer. pol. habil. Wilhelm Meinhold, TH München, wurde zum ständigen Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover berufen. — Generaldirektor Prof. Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h. c. Dr.-Ing. E. H. Karl Wurster wurde in den Vorstand des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gewählt.

Münster: Prof. Dr. Alfred Koch wurde in den Wissenschaftlichen Beirat der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsrecht berufen. — Prof. Dr. Kurt von Raumer wurde von der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur zum korrespondierenden Mitglied der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse gewählt. — Prof. Dr. Andreas Predöhl ist turnusmäßig aus dem Senat und dem Ausschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgeschieden. Prof. Dr. Schelsky wurde in den Senat gewählt; der Senat delegierte ihn in den Hauptausschuß. — Prof. Dr. Hans Thümmler wurde in den Vorstand des Deutschen Vereins für Kunstwissenschaft gewählt.

TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

Bonn: Dem em. Prof. Dr. Johannes Thyssen wurde das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der BR Deutschland verliehen.

Mainz: Prof. Dr. Wilhelm Jannasch wurde das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der BRD verliehen.

München: Prof. Dr. Kurt Lentrodts wurde von der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten die Hermann-Euler-Medaille verliehen.

SONSTIGE ERNENNUNGEN UND AUFTRÄGE

Clausthal: Oberingenieur Dr. Johann-Georg Lührs wurde zum Kustos ernannt.

Erlangen: Prof. Dr. Paul Segschneider wurde zur Stadt Bayreuth versetzt, um das Amt des Chefarztes der Städtischen Frauenklinik zu übernehmen. — Privatdozent Dr. Georg Birnmeyer wurde zum Oberassistenten ernannt.

Göttingen: Prof. Dr. H. H. Stenger ist zum Obermedizinalrat und Chefarzt der Hals-, Nasen- und Ohrenklinik der Städt. Krankenanstalten Braunschweig ernannt worden. — Privatdozent Dr. Trompke ist zum Obermedizinalrat und Chefarzt der Chirurgischen Abteilung der Städt. Krankenanstalten Salzgitter-Lebenstedt und Salzgitter-Drütte ernannt worden.

Hannover: Privatdozent Dr. Helmut Meyer, Tierärztl. Hochschule, ist zum Oberassistenten ernannt worden.

Heidelberg: Die wissenschaftlichen Assistenten Dr. Gerhard Hirsch und Reinhart Kraatz sind zu Konservatoren ernannt worden. — Prof. Dr. Rudolf Kraus wurde zum Direktor des neu gegründeten Radiologischen Zentralinstituts des Städt. Krankenhauses Frankfurt/M.-Höchst ernannt.

Mainz: Die wissenschaftliche Assistentin Dr. Ursula Nolte wurde zur Studienrätin ernannt.

Münster: Prof. Dr. theol. Dr. phil. Dr. sc. pol. Joseph Höffner wurde zum Bischof von Münster ernannt.

Saarbrücken: Dr. rer. nat. Karl-Otto Meyer wurde zum Kustos am Zoologischen Institut ernannt.

EHRUNGEN UND ERNENNUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER IM AUSLAND

Bonn: Prof. Dr. Herbert Elbel ist zum Ehrenmitglied der Spanischen Gesellschaft für Gerichtliche Medizin (Asociación Española de Medicos Forenses) ernannt worden. — Prof. Dr. Dr. Johannes Steudel wurde zum Korrespondierenden Mitglied der Spanischen Gesellschaft für Geschichte der Medizin ernannt. — Prof. Dr. Hans Herter wurde die Ehrendoktorwürde von der Philosophischen Fakultät der Universität Athen verliehen.

Mainz: Der Lehrbeauftragte Dr. Udo Krauthausen wurde zum Präsidenten der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaft in Brüssel gewählt.

Münster: Prof. Dr. Dr. Gerhard Boldt wurde von der Internationalen Vereinigung für das Studium der Rechtsvergleichung in Straßburg zum Mitglied der Ständigen Fakultätskommission und zum Mitglied der Beratenden Kommission für Arbeitsrecht berufen.

MITGLIEDSCHAFT IN AUSLÄNDISCHEN WISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFTEN

Bonn: Der Rektor der Universität, Prof. Dr. Heinrich Niehaus, wurde zum Ehrenmitglied der Fondazione Internazionale Luigi Pirandello ernannt.

Clausthal-Zellerfeld: Der Direktor des Geophysikalischen Institutes der Bergakademie, Prof. Dr. Heinz Menzel, wurde zum korrespondierenden Mitglied der Academia Colombiana de Ciencias Exactas, Fisico-Quimicas y Naturales in Bogota ernannt.

Düsseldorf: Prof. Dr. Helmut Rusk wurde auf der Tagung der International Federation of Electron Microscope Societies in Philadelphia in deren Exekutiv-Komitee für die nächsten vier Jahre gewählt.

Erlangen: Prof. Dr. Norbert Henning, Direktor der Medizinischen Universitätsklinik, wurde zum Ehrenpräsidenten der Organisation Mondiale Gastro-Entérologie gewählt. Außerdem wurde er zum Ehrenmitglied des American College of Gastroenterology und der Schwedischen Gesellschaft für Gastroenterologie ernannt. — Prof. Dr. med. et phil. Emil Weinig, Direktor des Instituts für Gerichtliche Medizin und Kriminalistik, wurde auf Grund seiner hervorragenden Verdienste auf dem Fachgebiet der Gerichtlichen Medizin zum Ehrenmitglied der Asociación Española de Medicos Forenses ernannt.

Frankfurt: Prof. Dr. Gerhard Bersu wurde von der Royal Irish Academy Dublin zum Ehrenmitglied ernannt.

Göttingen: Die Societas Geographica Fenniae, Helsinki, ernannte Prof. Dr. H. Poser zu ihrem Mitglied. — Professor Dr. Mortensen ist von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zum korrespondierenden Mitglied der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Klasse gewählt worden. — Die Forstwissenschaftliche Gesellschaft in Finnland hat Prof. Dr. Schimitschek zum korrespondierenden Mitglied ernannt.

Hamburg: Prof. Dr. Johannes Meyer-Rohn wurde von der Sociedad Venezolana de Dermatologia Venereologia y Leprologia in Caracas zum korrespondierenden Mitglied ernannt. — Privatdozent Dr. Peter Bischoff wurde von der Royal British Association of Urological Surgeons zum korrespondierenden Mitglied ernannt. — Prof. Dr. Heinrich Bartelheimer wurde von dem International College of Angiology, Inc., New York, USA, zum Fellow of the Scientific Council of the International College of Angiology (F. I. C. A.) gewählt.

Mainz: Prof. Dr. Günter Korting wurde zum korrespondierenden Mitglied der Jugoslawischen Dermatologischen Gesellschaft ernannt.

München: Prof. Dr.-Ing. Franz Kollmann, Lehrbeauftragter an der TH, wurde in Anerkennung hervorragender Leistungen auf dem Gebiete der Holzforschung als Auslandsmitglied in die Finnische Akademie der Technischen Wissenschaften berufen.

Münster: Prof. Dr. Josef Pieper wurde von der amerikanischen National Honor Society in Philosophy in das „Laureate Chapter“ der Gesellschaft gewählt. — Professor Dr. Walther Hoffmann wurde von der Real Academia de Ciencias Economicas y Financieras in Barcelona zum Ehrenmitglied ernannt. — Prof. Dr. Heinz Caspers wurde von der Royal Society of Medicine in London zum „Affiliate“ gewählt.

BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

Bonn: Privatdozent Dr. med. Hans Krüskemper nimmt vom 1. 10. 62 bis 30. 9. 63 am „Training Program for Steroid Biochemistry“ in Worcester, Massachusetts/USA, teil. — Prof. Schmitz-Dumont hat eine Vortragsreise nach

Brasilien, Argentinien, Chile und Bolivien angetreten; er folgt damit einer Einladung zum 8. Lateinamerikanischen Chemiekongreß in Buenos Aires. — Prof. Dr. Karl Stackmann hält im September und Oktober Gastvorlesungen an der Universität Aarhus.

Professor Dr. Schmitz-Dumont erhielt eine Einladung zum 8. Lateinamerikanischen Chemiekongreß in Buenos Aires, wo er einen Vortrag über hochpolymere Koordinationsverbindungen hielt. Anschließend hält er Vorträge an den Universitäten Sao Paulo, Santiago de Chile und Valparaiso. — Dr. Georg Kaufmann, Kunsthistorisches Institut, hat eine Einladung der University of California erhalten, als Visiting Professor Vorlesungen und Übungen abzuhalten.

Braunschweig: Prof. Dr. E. Justi wurde von der University of Pennsylvania (Philadelphia) die neugegründete Gastprofessur für Power Conversion für ein Jahr angeboten.

Erlangen: Prof. Dr. rer. pol. Egon Tuchtfeldt hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Bern angenommen. — Prof. Dr. Dr. Ernst Bammel übernimmt im WS 1962/63 eine Gastprofessur an der Universität Cambridge.

Frankfurt: Privatdozent Dr. Karl Schöffling hat von der Eli-Lilly-Stiftung in USA ein Stipendium erhalten und ist ab September zu einem einjährigen Studienaufenthalt nach Kanada und den Vereinigten Staaten gegangen. — Prof. Dr. Willy Hartner hat von der Harvard-Universität in Cambridge, Mass., eine Einladung als Gastprofessor für das Herbstsemester erhalten. — Prof. Dr. Arnold Müntster wurde vom Commissariat à L'Energie Atomique, Paris, eingeladen, im akademischen Jahr 1962/63 am Institut National des Sciences et Techniques Nucléaires in Saclay eine Reihe von Vorlesungen über Theoretische Physikalische Chemie zu halten. — Privatdozent Dr. Wolfgang Haken ist von September 1962 bis Juni 1963 als Gastprofessor an der University of Illinois tätig. — Prof. Dr. Alfred Rammelmeyer erhielt einen Ruf auf die Lehrkanzel für Slavische Philologie an der Universität Wien.

Freiburg i. Br.: Prof. Dr. rer. nat. Joachim Nitsche hat einen Ruf auf die Lehrkanzel Moderne Rechentechnik an der TH Wien erhalten.

Göttingen: Prof. Dr. H. Plessner hat für das Studienjahr 1962/63 eine Gastprofessur an der New School for Social Research in New York übernommen. — Die Ohio State University hat Prof. Dr. A. Schöne eingeladen, im Frühjahrquartal 1963 eine Gastprofessur im Department of German zu übernehmen.

Hamburg: Privatdozent Dr. Hans-Heinrich Wängler ist vom September 1962 bis Juni 1963 als Gastprofessor an der University of Colorado, Boulder, USA. — Privatdozent Dr. Hans Wilhelm Koepcke wird bis einschl. SS 1964 wissenschaftlich in Peru tätig sein.

Mainz: Privatdozent Dr. Ernst Kutsch erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Altes Testament und Biblische Archäologie an der Universität Wien.

Professor Dr. Wolfhart Pannenbergh wird vom 1. April 63 bis 30. 6. 63 eine Gastprofessur an der Divinity School der Universität Chicago übernehmen.

Marburg: Prof. Dr. Dr. Friedrich Heiler, der eine Gastprofessur in München angenommen hat, wird auf Einladung des Senats der Universität London auch dort Gastvorlesungen halten.

München: Privatdozent Dr. Eugen Weiß wird für ein Jahr am Department of Veterinary Pathology der Washington State University, Pullman, als Visiting Assistent Professor in Forschung und Lehre tätig sein.

Münster: Prof. Dr. Josef Pieper wurde von der Nanzan Universität in Nagoya und der Sophia Universität in Tokyo eingeladen, philosophische Vorlesungen zu halten. Die Vortragsreise wird vermutlich im Jahre 1963 stattfinden. — Prof. Dr. Wolfgang Rothstein übernimmt bis zum 31. 3. 1963 eine Full-Professur an der Purdue-Universität in Lafayette, Indiana.

Stuttgart: Prof. Dr. rer. nat. Kurt Magnus erhielt eine Einladung der University of Kansas, School of Engineering and Architecture, Lawrence, Kansas, USA, als Gastdozent für Spezialgebiete der Mechanik, insbesondere der Regeltheorie. — Prof. Günter Wilhelm wurde in das Komitee des „Centre International de la Construction Scolaire“ in Lausanne berufen.

Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie:

26. 10.

Experimente an Ungeborenen — Wirkung und Nachwirkung von Heilmitteln. Von Egloff Schwaiger. (Bayer. Rdf. II, 19.05)

Minima Philosophica — Paul Henry interpretiert einen Text von Plotin. (NDR/SFB III, 20.45)

Theorie der Spiele III — Eine Einführung in die Entscheidungslogik von Otto Walter Haseloff. (Bayer. Rdf. II, 21.20)

Der Sinn der Geschichte — Die Grundlagen der Geschichtsphilosophie von Plato bis Hegel. Von Prof. Dr. Golo Mann. (WDR/UKW III, 21.50)

Der wissenschaftliche Bericht — mit Nachrichten aus dem Hochschulleben. (Bayer. Rdf. II, 22.30)

27. 10.

Das Feuilleton — Berichte über Kulturereignisse. (Deutschlandfunk, 21.40)

28. 10.

Lebendige Wissenschaft — Walther Eidlitz/Stockholm: Tod und Wiedergeburt in indischer Sicht. (SDR, 10.00)

Die Aula — die Stunde der Universitäten. Prof. Alexander Rüstow: Was fehlt uns? II. (SWF, 10.30)

Universitas — Dr. Peter Mittelstaedt: Der Begriff der Natur in der modernen Physik. (Saarl. Rdf., 11.00)

Über den Humor — Eine Betrachtung zur Lebensführung von Prof. D. Dr. Paul Schütz. (Radio Bremen I, 11.30)

Lebendiges Wissen — Das kirchliche und religiöse Leben in den USA. Eine Sendefolge von Imogen Seger. — 2. Der „religiöse Boom“. (SFB II, 21.20)

29. 10.

Die Internationale Radiouniversität — Betrachtungen. — 3. Lob der Leichtfertigkeit. Manuskript: Pierre-Francis Schneeberger/Genf. (Österr. Rdf. II, 14.35)

Aus Wissenschaft und Forschung — (Deutschlandfunk, 15.05)

Vater- und Mutterrecht bei einem afrikanischen Stamm — Eine völkerkundliche Studie von Hans Himmelheber. (SWF/UKW II, 15.45)

Ist die deutsche Literatur provinziell? — Von Manfred Delling. (SWF/UKW II, 20.45)

Brasilia — Stadt und Universität — Ein Essay von Max Bense. (SDR/UKW, 21.00)

GEBURTSTAGE

Frankfurt: Die Gesellschaft Deutscher Chemiker teilt mit, daß Prof. Dr. phil. Karl J e l l i n e k, Zürich, ehem. Direktor des Physikalisch-chemischen Instituts der TH Danzig, am 5. 11. seinen 80. Geburtstag feiern wird.

München: Prof. Dr. phil. Hugo F i s c h e r beging am 17. 10. seinen 65. Geburtstag. — Prof. Dr. phil. Albert H u t h beging am 9. 10. seinen 70. Geburtstag. — Prof. Dr. med. Dr. h. c. Wilhelm S t e p p beging am 20. 10. seinen 80. Geburtstag. — Prof. Dr. jur. Willibald A p e l t beging am 18. 10. seinen 85. Geburtstag.

TODESFÄLLE

Erlangen: Am 30. 9. verstarb im 72. Lebensjahr Privatdozent Dr. Karl F r i e b e l.

Freiburg i. Br.: Am 24. 9. verstarb Dr. Albert M a u z, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Holzmarktforschungsstelle.

Hamburg: Am 25. 9. verstarb im 83. Lebensjahr Professor Dr. phil. Herbert K o c h. — Am 3. 9. verstarb im 62. Lebensjahr Prof. Dr. med. Heinz R o l l i n.

Mainz: Im September verstarben Prof. Dr. phil. habil. Karl Rudolf G r a h m a n n und Lehrbeauftragter Dr. Richard K r a u s h a a r.

Mannheim: Am 5. 10. verstarb im 80. Lebensjahr der Ehrenbürger der Wirtschaftshochschule Heinrich K l e m a n n, Oberverswaltungsrat i. R. — Am 19. 10. verstarb der Verwaltungsdirektor der Wirtschaftshochschule Friedrich G i e r im 58. Lebensjahr.

Münster: Am 25. 9. verstarb im 70. Lebensjahr Professor Dr. theol. Thomas O h m O. S. B.

Marxismus — Leninismus — Eine Sendefolge von Joseph Maria Bochenski. — 5. Der Mensch. (Bayer. Rdf. II, 21.05)

Deutscher Historiker-Kongress — Ein Bericht aus Duisburg. (Deutschlandfunk, 22.00)

Weltliteratur — Eine nicht ganz wissenschaftliche Einführung von Axel Eggebrecht. — 4. Die Römer: Große Dichtung aus zweiter Hand. (NDR/UKW, 22.00)

30. 10.

Charakterbildung durch Erziehung — Eine Sendereihe mit Dr. Margarete Krause-Ablaß. — 5. Der Trotzkopf. (NDR/WDR, 14.00)

Fragen der Lebensgestaltung — 2. Minderwertigkeitsgefühl und Minderwertigkeitskomplex. Manuskript: Dr. Milo Vlach. (Österr. Rdf. II, 17.15)

Internationale Rundfunk-Universität — Musikalische Städtebilder: Venedig. Von Prof. Robert Dunand/Genf. (Hess. Rdf. II, 17.30)

Geschichte zwischen Philosophie und Politik — Zum 100. Geburtstag von Friedrich Meinecke spricht Walther Hofer. (SFB II, 20.10)

Duell um die Mensur — Historische Beiträge zu einer aktuellen Diskussion. Manuskript: Philipp Marnix. (NDR/WDR, 20.15)

Norbert Wiener und die Denkmaschine — Politische und philosophische Aspekte der Kybernetik. Von Günter Albrecht Zehm. (Hess. Rdf. II, 20.30)

Das Problem des Naturrechts in unserer Zeit — Univ.-Prof. Pater Dr. Albert Auer/Salzburg: Das moderne Naturrecht und die demokratische Gesellschaftsordnung. (Österr. Rdf. II, 22.15)

31. 10.

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen — Univ.-Prof. Dr. Alfred Pichinger: Die Forschungen des histologisch-embryologischen Instituts. (Österr. Rdf. II, 17.15)

1. 11.

Bildungsfragen der Gegenwart — Bildungsbegriff im kommunistischen Osten. Manuskript: Petru Demitriu. (Hess. Rdf. II, 17.30)

Die meineidige Zeit — Philosophen und Dichter über den Tod. Von Lore Reinmöller. (WDR/UKW, 17.45)

II. Internationales Gespräch über Angiologie — Ein Bericht aus Darmstadt. (Deutschlandfunk, 22.00)

Literatur im technischen Zeitalter — Eine Internationale Lesereihe der Technischen Universität Berlin. — Max Frisch/Schweiz. (WDR/UKW, 20.10)

Internationale Rundfunk-Universität — Roman und Wirklichkeit. Von Elizabeth Bowen/Cork, Irland. — Recht und Ethos des Individuums in zwei Jahrtausenden. Von Pater André Bonnichon/Paris. — Der Kampf gegen den Krebs. Von Dr. Tomiso Yoshida/Tokio. (Hess. Rdf. II, 22.30)

Aus dem Hochschulleben — Kommentare und Berichte. (SDR/UKW, 22.40)

2. 11.

Die Internationale Radiouniversität — Betrachtungen. — 4. Univ.-Prof. Dr. Jean Grenier/Lille: Lob des Schweigens. (Österr. Rdf. II, 14.35)

Die Propyläen-Weltgeschichte — Band III: Griechenland — die hellenistische Welt. Vorgestellt von Ludwig Klein. (Hess. Rdf. II, 17.40)

Über Grabdenkmäler und ihre Bedeutung — Manuskript: Ingeborg Suchy. (Österr. Rdf. II, 18.40)

Mystik und Rationalismus — Eine Untersuchung von Willy Hochkeppel. — 1. Erkenntnis durch Paradoxe. (Bayer. Rdf. II, 21.20)

Der wissenschaftliche Bericht — mit Nachrichten aus dem Hochschulleben. (Bayer. Rdf. II, 22.25)

3. 11.

Dichter und ihre Gemeinden — 2. Rainer Maria Rilke. Manuskript: Franz Schonauer. (Radio Bremen II, 16.30)

Studentinnen — heute — Eine Sendung des Frauenfunks. (Hess. Rdf. II, 18.30)

Das Recht auf mein Leben — „Ethische Indikation“ und das Strafgesetzbuch. Von Alois Schardt. (Bayer. Rdf. II, 20.15)

Die Entwicklung und der heutige Stand der Blutübertragung — Ein Vortrag von Prof. Paul Gohrbrandt. (Hess. Rdf. II, 21.00)

2. Vatikanisches Konzil in Rom — Kommentar. (Hess. Rdf. I, 21.50)

Soziologie der Musik — 5. Zur Soziologie der Moderne. Ein Vortrag von Prof. Dr. Theodor W. Adorno. (NDR/SFB III, 21.55)

4. 11.

Lebendige Wissenschaft — Prof. Dr. Hermann/Göttingen: Luthers deutsche Wirkung auf die Welt. (SDR, 10.00)

Die Aula — die Stunde der Universitäten. Prof. Paul Schütz: „Rein historisch“ und prophetisch. (SWF, 10.30)

Theorie und Praxis der Hörtexte — Eine Sendereihe von Ferdinand Kriwet. — 1. Die gegenwärtige Situation der Sprechkunst. (Hess. Rdf. II, 22.00)

5. 11.

Aus Wissenschaft und Forschung — (Deutschlandfunk, 15.05)

Die Dichter und ihre Gemeinden — dargestellt am Beispiel Hugo von Hoffmannsthal von Franz Schonauer. (SWF/UKW II, 20.45)

Marxismus — Leninismus — Eine Sendefolge von Joseph Maria Bochenski. — 6. Kritik der kapitalistischen Ökonomie. (Bayer. Rdf. II, 21.05)

Lebensreform als Ideologie im technischen Zeitalter — Es spricht Franz A. Hoyer. (SWF, 22.30)

6. 11.

Psychologie im Schlepptau der Reklame — Eine wissenschaftliche Hörfolge nach einem Buch von Vance Packard. Manuskript: Wolfgang Kaser. (Österr. Rdf. II, 16.00)

Lehrerfortbildung in Hessen — Schule und Elternhaus. (Hess. Rdf. I, 16.45)

Wissen für alle — Dipl.-Ing. Dr. techn. Ernst Neweklowsky: Der Mondsee-Einbaum. (Österr. Rdf. II, 17.15)

Internationale Rundfunk-Universität — Vom Mittelalter bis zur Vorklassik. — Von Prof. Dr. Franz Willnauer/Wien. (Hess. Rdf. II, 17.30)

Aus dem Kulturleben — Bericht und Kritik. (Radio Bremen II, 18.30)

7. 11.

Für Eltern und Erzieher — Marianne Lebek: Moderne Erziehung — falsch verstanden. (Radio Bremen, 16.45)

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen — Dr. Herwig Horn/Forschungsstelle für Elektronenmikroskopie: Eigenschaften und Herstellung dünner Schichten — ein Problem der heutigen Technik. (Österr. Rdf. II, 17.15)

Fortschritt und Humanität — Eine Bilanz des technischen Zeitalters, aufgestellt von Peter Coulmas. — 5. Vom Hausarzt zum Spezialisten. (Bayer. Rdf. II, 21.05)

8. 11.

Bildungsfragen der Gegenwart — Anleitung für Israelreisen deutscher Schüler und Studenten. Manuskript: Rolf W. Schloss. (Hess. Rdf. II, 17.30)

Die Vorlesung — Prof. Leonhard Froese/Marburg: Vom Beginn der Pädagogik. (Hess. Rdf. II, 20.30)

Hochschulwoche 1962 — Ein Bericht aus Düsseldorf. (Deutschlandfunk, 22.00)

Internationale Rundfunk-Universität — Die alte und die neue Definition des Meters. Von Dr. Jean Terrien/Paris. — Grönlands Sprung ins 20. Jahrhundert. Von Werner Goldschmidt/Kopenhagen. — Aspekte der modernen Mathematik. Von Prof. Dr. Maurice L'Abbé/Montreal. (Hess. Rdf. II, 22.30)

Diskussion um Wittgenstein — Dieter Stolte. (SWF/UKW II, 23.00)

9. 11.

Wissen für alle — Fragen der Lebensgestaltung. — 3. Der Sinn des Lebens und die Lebensaufgaben. Manuskript: Dr. Milo Vlach. (Österr. Rdf. II, 17.15)

Mystik und Rationalismus — Eine Untersuchung von Willy Hochkeppel. — 2. Die Welt in Begriffen. (Bayer. Rdf. II, 21.20)

Inflation des Naturrechts — Kritische Bemerkungen zum Begriffsnotstand in der Jurisprudenz. Von Wilhelm R. Beyer. (Hess. Rdf. II, 22.00)

Der wissenschaftliche Bericht — mit Nachrichten aus dem Hochschulleben. (Bayer. Rdf. II, 22.30)

10. 11.

Dichter und ihre Gemeinden — 3. Hugo von Hoffmannsthal. Manuskript: Franz Schonauer. (Radio Bremen II, 16.30)

Leben aus dem Glauben — 2. Der Glaube: Wurzel und Fundament der christlichen Existenz. Von Rektor Heinrich Spaemann. (SWF/UKW II, 22.15)

Erläuterungen der Senderangaben:

NDR/WDR = gemeinsames Mittelwellenprogramm des Norddeutschen und des Westdeutschen Rundfunks; NDR/UKW = Ultrakurzwellenprogramm des Norddeutschen Rundfunks; WDR/UKW = Ultrakurzwellenprogramm des Westdeutschen Rundfunks; NDR III = Drittes Programm des NDR auf UKW; WDR III = Drittes Programm des WDR auf UKW; SDR = Süddeutscher Rundfunk; SFB = Sender Freies Berlin; SWF = Südwestfunk. Römische Ziffern hinter dem Namen der Rundfunkanstalt (I oder II) bedeuten 1. bzw. 2. Programm.

Kurz berichtet

Ein Seminar für deutsche und afrikanische Studenten veranstaltete der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) vom 6. bis 9. 10. 1963 in Germersheim. Das Thema lautete: „Die deutsch-afrikanischen Kulturbeziehungen auf Hochschulebene“. Die Veranstaltung war als Fortsetzung des bereits im Sommer 1961 auf Schloß Burg an der Wupper durchgeführten Afrika-Seminars gedacht und befaßte sich wiederum mit Fragen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Studentenschaften der afrikanischen Länder und den Deutschen Studentenverbänden. Eine Ausstellung „Afrika heute“ und die Vorführung einer Reihe von Filmen über Afrika ergänzten das Seminarprogramm.

Mit der frühen Kunst fremder Völker befassen sich neunzehn Bände einer Taschenbuchreihe, die jetzt eine internationale Verlagsgemeinschaft über die Weltkunstsammlungen der UNESCO herausbringt.

Von der Hebräischen Universität Jerusalem wird zur Zeit mit Unterstützung des Bialik-Institutes und des israelischen Kultusministeriums eine Bibliographie aller in hebräischer Schrift gedruckten Bücher zusammengestellt. Die Bibliographie soll alle Werke erfassen, die seit dem Druck des ersten hebräischen Buches im Jahre 1475 bis zur Gegenwart erschienen sind.

Auf die Überreste einer alten Siedlung, bei der es sich vermutlich um eine größere etruskische Stadt aus dem 6. Jahrhundert vor Christi handelt, stieß der französische Archäologe Prof. Raymond Bloch/Paris bei Ausgrabungen in der Nähe von Bologna. Schon seit einigen Jahren waren im Gebiet von Casalechio sul Reno 15 Kilometer von Bologna immer wieder Bruchstücke von Tongefäßen und einzelne Gräber gefunden worden, die darauf schließen ließen, daß hier einmal ein etruskisches Anwesen stand.

Bei archäologischen Ausgrabungen in der Sowjetrepublik Usbekistan wurden Reste einer großen Moschee entdeckt. Die Moschee stammt wahrscheinlich aus dem 11. Jahrhundert.

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Dr. Josef Raabe (Redaktion: Meckenheimer Str. 37) — Verlag: Hochschul-Dienst, Dr. Josef Raabe oHG, Bonn, Hochstadenring 15 / Postfach 323, Tel.: 3 75 95, Postscheck: Köln 1574 38, Bank: Stadt, Sparkasse Bonn 6 470. — Der Hochschul-Dienst erscheint in der Regel am 8. und 23. eines jeden Monats mit Ausnahme der Ausgaben vom 23. August und 8. September, die wegen der Sommerferien mit der vorhergehenden bzw. nachfolgenden zusammengelegt werden. Redaktionsschluß jeweils am 2. resp. 17. des betreffenden Monats. Verlag und Schriftleitung behalten sich vor, Redaktionsschluß- und Erscheinungstermine aus zwingenden Gründen zu verschieben. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion dar. — Abdruck nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. — Die Ausgaben in Englisch, Französisch und Spanisch, die in Verbindung mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft herausgegeben werden, erscheinen monatlich. — Bezugsgebühr der deutschen Ausgabe 9,60 DM im Quartal einschließlich Porto. — Druck: Georg Graßer, Würzburg.